

AnwaltFormulare

Tietgens/Nugel (Hrsg.)

Mit 600 Mustern  
und Textbausteinen

# AnwaltFormulare Verkehrsrecht

Muster • Erläuterungen • Checklisten

8. Auflage



Deutscher **Anwalt** Verlag

Tietgens/Nugel (Hrsg.)

AnwaltFormulare Verkehrsrecht



AnwaltFormulare

# Verkehrsrecht

**Muster - Erläuterungen - Checklisten**

---

**8. Auflage 2020**

Herausgegeben von

Rechtsanwalt und Fachanwalt für  
Versicherungsrecht

**Dr. Jens Tietgens, Hannover**

und

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verkehrsrecht  
und Fachanwalt für Versicherungsrecht

**Dr. Michael Nugel, Essen**



Deutscher**Anwalt**Verlag

**Zitiervorschlag:**

*Tietgens/Nugel/Bearbeiter, AnwaltFormulare Verkehrsrecht, § 1 Rn 1*

**Benutzer-Hinweis für Muster**

Für den Download der Mustertexte gehen Sie auf

<https://www.anwaltverlag.de/af-verkehrsrecht>

Dort erhalten Sie Zugriff auf das zip-Archiv: av\_1591\_musterdownload.zip

**Hinweis**

Die Ausführungen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt und nach bestem Wissen erstellt. Sie stellen jedoch lediglich Arbeitshilfen und Anregungen für die Lösung typischer Fallgestaltungen dar. Die Eigenverantwortung für die Formulierung von Verträgen, Verfügungen und Schriftsätzen trägt der Benutzer. Herausgeber, Autoren und Verlag übernehmen keinerlei Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Buch enthaltenen Ausführungen.

---

Anregungen und Kritik zu diesem Werk senden Sie bitte an

**[kontakt@anwaltverlag.de](mailto:kontakt@anwaltverlag.de)**

Autoren und Verlag freuen sich auf Ihre Rückmeldung.

---

Copyright 2020 by Deutscher Anwaltverlag, Bonn

Satz: Cicero Computer GmbH, Bonn

Druck: Hans Soldan Druck GmbH, Essen

Umschlaggestaltung: gentura, Holger Neumann, Bochum

ISBN 978-3-8240-1591-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

## Vorwort

Wir freuen uns, dass die Erweiterung unseres Formularbuches auf die Bereiche des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts sowie des Verkehrsverwaltungsrechts in der Praxis einen so regen Zuspruch gefunden hat und setzen diese Erweiterung gerne in der 8. Auflage fort. Diese beinhaltet zahlreiche Ergänzungen und Aktualisierungen unter Berücksichtigung der bis Juli 2019 veröffentlichten Rechtsprechung und Literatur und einige dieser Änderungen basieren auch auf Anregungen von Lesern der vorherigen Auflage, für die wir uns auf diesem Wege herzlich bedanken.

Weiter ausgebaut wurde dabei das bewährte Blocksatzsystem, so dass die im Buch enthaltenen Muster mit ihren grundsätzlichen Erwägungen und Argumentationshilfen auf eine Vielzahl von Fällen angewendet werden können. Daneben findet sich auch weiterhin in jedem Abschnitt eine ausführliche Erläuterung der rechtlichen Problemstellungen, welche in den beigegeführten Mustern aufbereitet werden, um den Anwender auch mit dem notwendigen Hintergrundwissen zu versorgen. Dies schließt auch die Integration der Vorgaben der DSGVO ein, indem das Thema des Datenschutzes nun auch die Bearbeitung des verkehrsrechtlichen Mandats, das Auslesen von Fahrzeugdaten sowie die Verwertung von Dashcam-Videos entscheidend mitbestimmt. Inhaltlich erweitert wurde im Übrigen auch der Abschnitt zur Bearbeitung von Personenschäden einschließlich des neu eingeführten Hinterbliebenengeldes.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Mitautoren und den Mitarbeitern des Verlags, welche die Fortsetzung unseres bewährten Werks ermöglicht haben und freuen uns, dem Leser mit der Neuauflage für alle wichtigen Bereiche des Verkehrsrechts weiterhin ein Handbuch für die Praxis zur Verfügung zu stellen.

Hannover im September 2019

*Dr. Jens Tietgens*, Rechtsanwalt

Essen im September 2019

*Dr. Michael Nugel*, Rechtsanwalt



# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Autorenverzeichnis . . . . .	XXXV
Musterverzeichnis . . . . .	XXXVII
Literaturverzeichnis . . . . .	LV
<b>Teil 1: Verkehrsivilrecht . . . . .</b>	<b>1</b>
§ 1 Mandatsvorbereitung, Informationsbeschaffung und Anmeldung von Ansprüchen . . . . .	1
§ 2 Behandlung von „Auslandsschäden“ . . . . .	47
§ 3 Anspruchsgrundlagen . . . . .	99
§ 4 Quotenbildung . . . . .	137
§ 5 Haftungsausschluss bei Personenschäden . . . . .	203
§ 6 Anspruchsübergang . . . . .	217
§ 7 Verjährung und Abfindungsvergleich . . . . .	229
§ 8 Sachschaden . . . . .	249
§ 9 Personenschaden bei Verletzung . . . . .	451
§ 10 Personenschaden bei Tötung . . . . .	517
§ 11 Klage und selbstständiges Beweisverfahren . . . . .	539
§ 12 Unfallrekonstruktion im Prozess . . . . .	573
§ 13 Verkehrsunfallmanipulation . . . . .	615
§ 14 Grundzüge des VVG . . . . .	641
§ 15 Kaskoversicherung . . . . .	665
§ 16 Vertragliche Ansprüche in der Kfz-Haftpflichtversicherung . . . . .	707
§ 17 Private Unfallversicherung . . . . .	727
§ 18 Verarbeitung und Verwertung von personenbezogenen Daten aus Kfz und darin eingesetzten Kameras . . . . .	745
§ 19 Gebühren des Anwalts . . . . .	783
§ 20 Korrespondenz mit dem Rechtsschutzversicherer . . . . .	805
<b>Teil 2: Verkehrsstraf- und Bußgeldrecht . . . . .</b>	<b>817</b>
<b>Kapitel 1: Verkehrsstrafrecht . . . . .</b>	<b>817</b>
§ 21 Einleitung . . . . .	817
§ 22 Unfallflucht (§ 142 StGB) . . . . .	819
§ 23 Fahrlässige Tötung (§ 222 StGB) . . . . .	839
§ 24 Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB) . . . . .	843
§ 25 Nötigung (§ 240 StGB) . . . . .	849
§ 26 Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315b StGB) . . . . .	853
§ 27 Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB) . . . . .	857



§ 28 Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB) . . . . .	873
§ 29 Fahrverbot (§ 44 StGB) . . . . .	885
§ 30 Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 69 StGB) . . . . .	889
§ 31 Sperre der Erteilung der Fahrerlaubnis (§ 69a StGB) . . . . .	895
§ 32 Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 111a StPO) . . . . .	901
§ 33 Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG) . . . . .	903
§ 34 Pflichtversicherungsgesetz . . . . .	907
§ 35 Sonstiges . . . . .	909
<b>Kapitel 2: Bußgeldrecht</b> . . . . .	913
§ 36 Einleitung . . . . .	913
§ 37 Vorverfahren . . . . .	915
§ 38 Hauptverhandlung . . . . .	973
§ 39 Rechtsbeschwerde . . . . .	989
§ 40 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	1003
§ 41 Vollstreckung . . . . .	1007
§ 42 Schreiben an den Mandanten . . . . .	1009
<b>Kapitel 3: Gebühren im Straf- und Bußgeldrecht</b> . . . . .	1013
§ 43 Gebühren des Anwalts in Strafsachen . . . . .	1013
§ 44 Gebühren des Anwalts in Bußgeldsachen . . . . .	1021
§ 45 Korrespondenz mit dem Rechtsschutzversicherer in Straf- und Bußgeldsachen . . . . .	1027
<b>Teil 3 Verkehrsverwaltungsrecht</b> . . . . .	1033
§ 46 Einführung . . . . .	1033
§ 47 Entziehung der Fahrerlaubnis . . . . .	1035
§ 48 EU-Führerscheine . . . . .	1077
§ 49 Anwaltliche Beratung und MPU . . . . .	1085
§ 50 Fahrtenbuchauflage . . . . .	1089
§ 51 Checklisten: Verwaltungsakt und Rechtsschutz . . . . .	1097
Stichwortverzeichnis . . . . .	1103

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Autorenverzeichnis . . . . .	XXXV
Musterverzeichnis . . . . .	XXXVII
Literaturverzeichnis . . . . .	LV
<b>Teil 1: Verkehrsrecht</b> . . . . .	<b>1</b>
<b>§ 1 Mandatsvorbereitung, Informationsbeschaffung und Anmeldung von Ansprüchen</b> . . . . .	<b>1</b>
A. Mandatsvorbereitung . . . . .	1
I. Datenerfassung . . . . .	1
1. Grundsätze der Datenerfassung . . . . .	1
2. Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen . . . . .	2
3. Checkliste: Mandatsaufnahmebogen . . . . .	4
a) Daten des Mandanten . . . . .	4
aa) Persönliche Daten . . . . .	4
bb) Fahrzeugdaten . . . . .	4
cc) Versicherungsdaten . . . . .	4
b) Daten des/der Anspruchsgegner . . . . .	5
aa) Fahrer des gegnerischen Unfallfahrzeugs . . . . .	5
bb) Halter des gegnerischen Unfallfahrzeugs . . . . .	5
cc) Haftpflichtversicherer des gegnerischen Unfallfahrzeugs . . . . .	5
c) Unfalldaten . . . . .	5
d) Daten über Sachschäden . . . . .	6
e) Daten über Personenschäden . . . . .	6
f) Erklärungen des Mandanten . . . . .	6
4. Mandantenfragebogen . . . . .	7
II. Aktenaufbau . . . . .	11
1. Trennung der Akten nach Rechtsgebieten . . . . .	11
2. Anlagenverwaltung . . . . .	12
III. Annahme des Mandats/Parteiverrat gemäß § 356 StGB . . . . .	12
B. Datenschutz . . . . .	14
I. Einschlägige Rechtsgrundlage . . . . .	14
1. Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1a DSGVO . . . . .	14
2. Datenverarbeitung zur Vertragserfüllung nach Art. 6 Abs. 1b DSGVO . . . . .	15
3. Datenverarbeitung nach Interessenabwägung Art. 6 Abs. 1f DSGVO . . . . .	15
4. Weitere wichtige Grundsätze . . . . .	16
II. Informationspflichten gegenüber dem Mandanten nach Art. 13 DSGVO . . . . .	16
III. Information an den Mandanten nach Art. 14 DSGVO . . . . .	22
IV. Informationen gegenüber Dritten nach Art. 14 DSGVO . . . . .	22
V. Beratungspflichten in datenschutzrechtlicher Hinsicht . . . . .	23

C. Informationsbeschaffung . . . . .	24
I. Ermittlung des gegnerischen Fahrers . . . . .	24
II. Ermittlung des gegnerischen Halters . . . . .	25
III. Ermittlung des gegnerischen Kfz-Haftpflichtversicherers . . . . .	26
IV. Ermittlung des gegnerischen Unfallfahrzeugs . . . . .	28
V. Ermittlung der polizeilichen Unfallakte . . . . .	29
VI. Ermittlung sonstiger Beweismittel für den Unfallhergang . . . . .	32
VII. Zusammenfassung . . . . .	34
D. Anspruchsanmeldung . . . . .	35
I. Anspruchsschreiben bei bestehendem Direktanspruch . . . . .	36
1. Fall . . . . .	36
2. Muster: Anspruchsschreiben an die Kfz-Haftpflichtversicherung . . . . .	36
II. Anmeldung bei fehlendem Direktanspruch . . . . .	43
1. Fall . . . . .	43
2. Muster: Anspruchsschreiben an den unmittelbaren Schadensverursacher . . . . .	43
<b>§ 2 Behandlung von „Auslandsschäden“ . . . . .</b>	<b>47</b>
A. Übersicht . . . . .	47
B. Schäden im Ausland . . . . .	47
I. Übersicht . . . . .	47
II. Erleichterte Korrespondenz durch Einschaltung eines regulierungsbeauftragten Versicherers im Inland . . . . .	47
III. Klagemöglichkeit vor dem international zuständigen Gericht . . . . .	48
1. Allgemeiner Gerichtsstand des Wohnortes . . . . .	49
2. Besonderer Gerichtsstand der Streitgenossenschaft . . . . .	49
3. Besonderer Gerichtsstand des Unfallortes . . . . .	50
4. Besonderer Gerichtsstand am Wohnsitz des Geschädigten . . . . .	50
a) Entscheidung des EuGH vom 13.12.2007 . . . . .	50
b) Ungeklärte Fragen . . . . .	53
IV. Ermittlung des sachlich anzuwendenden Rechts . . . . .	58
1. Anzuwendendes Recht nach Rom II . . . . .	59
a) Überblick . . . . .	59
b) Bestimmung des anzuwendenden Rechts . . . . .	60
aa) Grundregel: Recht des Schadensortes (Art. 4 Abs. 1 Rom II) . . . . .	60
bb) Recht des einheitlichen gewöhnlichen Aufenthaltsortes (Art. 4 Abs. 2 Rom II) . . . . .	61
cc) Engere Verbindung zu dem inländischen Recht (Art. 4 Abs. 3 Rom II) . . . . .	61
dd) Vereinbartes Recht (Art. 14 Rom II) . . . . .	62
2. Haager Übereinkommen . . . . .	64
3. Wahlrecht des Geschädigten und „forum shopping“ sowie „law shopping“ . . . . .	66
4. Anwendung des Art. 40 EGBGB . . . . .	67

C.	Checklisten zum materiellen Verkehrsrecht und weiteren Besonderheiten der Unfallregulierung in ausgewählten Nachbarstaaten Deutschlands . . . . .	69
	I. Checkliste bei einem Verkehrsunfall in Belgien . . . . .	69
	II. Checkliste bei einem Verkehrsunfall in Frankreich . . . . .	72
	III. Checkliste bei einem Verkehrsunfall in Italien . . . . .	76
	IV. Checkliste bei einem Verkehrsunfall in den Niederlanden . . . . .	79
	V. Checkliste bei einem Verkehrsunfall in Österreich . . . . .	83
	VI. Checkliste bei einem Verkehrsunfall in Polen . . . . .	86
	VII. Checkliste bei einem Verkehrsunfall in der Schweiz . . . . .	91
D.	Schäden im Inland unter Beteiligung eines ausländischen Kraftfahrzeugs . . . . .	93
	I. Übersicht . . . . .	93
	II. Hinweise . . . . .	95
E.	Schäden im Inland unter Beteiligung eines NATO-Dienstfahrzeugs . . . . .	96
F.	Checkliste: Unfall mit Auslandsberührung . . . . .	98
<b>§ 3</b>	<b>Anspruchsgrundlagen</b> . . . . .	99
A.	Übersicht . . . . .	99
	I. Kraftfahrzeug und Anhänger i.S.d. § 7 Abs. 1 StVG . . . . .	100
	1. Kraftfahrzeug . . . . .	100
	2. Anhänger . . . . .	100
	II. Betrieb eines Kraftfahrzeugs/Kraftfahrzeuganhängers . . . . .	101
	III. Halter des Kfz . . . . .	105
	IV. Ausschluss bei höherer Gewalt, gem. § 7 Abs. 2 StVG . . . . .	106
	V. Unabwendbarkeitsbeweis . . . . .	107
	VI. Ausschluss des Unabwendbarkeitsbeweises gem. § 17 Abs. 3 S. 1 StVG . . . . .	108
	VII. Haftungsausschluss bei „Schwarzfahrten“ . . . . .	108
	VIII. Unwirksamkeit einer vereinbarten Haftungsreduzierung gem. § 8a StVG . . . . .	109
	IX. Checkliste: Halterhaftung . . . . .	110
B.	Fahrerhaftung nach dem StVG . . . . .	111
C.	Anspruchsgrundlagen nach BGB . . . . .	111
	I. Fahrerhaftung nach BGB . . . . .	112
	II. Geschäftsherrenhaftung gem. § 831 BGB . . . . .	113
	III. Tierhalterhaftung gem. § 833 BGB . . . . .	114
	IV. Ansprüche gegen Passanten/Fahrradfahrer/Kinder . . . . .	116
	1. Ansprüche gem. § 823 Abs. 1 BGB . . . . .	116
	2. Haftung Minderjähriger gem. § 828 BGB . . . . .	116
	3. Haftung des Aufsichtspflichtigen gem. § 832 BGB . . . . .	120
	4. Haftung aus Billigkeitsgründen gem. § 829 BGB . . . . .	121
	a) Fall . . . . .	121
	b) Muster: Billigkeitshaftung Nicht-Deliktstfähiger . . . . .	122
	V. Haftung gem. § 839 BGB, Art. 34 GG . . . . .	123
	VI. Checkliste: Anspruchsgrundlagen nach BGB . . . . .	125
D.	Direktanspruch gem. § 115 Abs. 1 Nr. 1 VVG . . . . .	126
	I. Übersicht . . . . .	126
	II. Nachhaftung . . . . .	127

III. Haftungsausschluss bei vorsätzlicher und widerrechtlicher Schadensherbeiführung . . . . .	128
IV. Träger der Pflichtversicherung . . . . .	130
V. „Krankes Versicherungsverhältnis“ . . . . .	130
VI. Checkliste bzgl. des Direktanspruches gegen den Kfz- Haftpflichtversicherer . . . . .	131
E. Ansprüche gegen die Verkehrsofferhilfe gem. §§ 12 ff. PflVG . . . . .	132
F. Anspruchsgrundlagen nach dem HpfliG . . . . .	134
<b>§ 4 Quotenbildung . . . . .</b>	<b>137</b>
A. Übersicht . . . . .	137
B. Fahrer- und Halterhaftung bei einem Unfall mit mehreren Kraftfahrzeugen . . . . .	139
I. Grundlegende Erläuterung: Das „Waagemodell“ . . . . .	139
II. Bildung der Haftungsquote . . . . .	144
1. „100 zu 0“-Fälle . . . . .	144
2. Anscheinsbeweis und typische „100 zu 0“-Fälle . . . . .	144
a) Auffahrunfall . . . . .	145
b) Fahrstreifenwechsel . . . . .	149
c) Anscheinsbeweis und Vorfahrtsverletzung . . . . .	152
d) Verstöße gegen die Kardinalvorschrift des § 9 Abs. 5 StVO . . . . .	154
e) Anscheinsbeweis und Einfahrt in den fließenden Verkehr . . . . .	156
f) Anscheinsbeweis und Abkommen auf die Gegenfahrbahn . . . . .	159
3. Zurechnung schreckbedingten Fehlverhaltens . . . . .	159
4. Sonderfall: Halter und Eigentümer des Kfz fallen auseinander . . . . .	160
a) Urteile des BGH . . . . .	160
b) Einzelne Unfallvarianten . . . . .	161
III. Quotenbildung bei einzelnen Verkehrssituationen . . . . .	162
1. Zusammenstoß auf Kreuzungen mit Kfz des Querverkehrs . . . . .	163
a) Verkehrsregelung durch eine Lichtzeichenanlage . . . . .	163
b) Kreuzungen ohne Lichtzeichenanlage . . . . .	167
2. Zusammenstöße mit Kfz des Gegenverkehrs . . . . .	171
a) Linksabbieger und Gegenverkehr . . . . .	171
b) Begegnungsverkehr an Hindernissen und Fahrbahnverengungen . . . . .	177
3. Zusammenstöße im gleichgerichteten Verkehr . . . . .	180
a) Zusammenstoß zwischen einem Linksabbieger und nachfolgendem Kfz . . . . .	180
aa) Abbiegen nach links in ein Grundstück . . . . .	180
bb) Abbiegen nach links in eine Straße . . . . .	183
b) Zusammenstoß zwischen Rechtsabbieger und nachfolgendem Kfz . . . . .	184
c) Unfälle beim Überholen . . . . .	185
d) Unfall beim Fahrstreifenwechsel . . . . .	185
4. Unfälle im Parkplatzbereich . . . . .	187
C. Quotenbildung bei Beteiligung nicht motorisierter Verkehrsteilnehmer . . . . .	192
I. Hinweise . . . . .	192
II. Unfälle zwischen Kraftfahrzeug und Radfahrer . . . . .	194
1. Alleinhaftung des Radfahrers . . . . .	194

2. Mithaftung des Radfahrers, der entgegen der Fahrtrichtung bzw. auf dem Gehweg fährt . . . . .	195
III. Unfall zwischen Fußgänger und Kfz . . . . .	198
1. Mithaftung des Fußgängers wegen Verstoß gegen § 25 Abs. 3 StVO . . . . .	198
2. Haftungsquote bei einem Unfall auf einem „Zebrastreifen“ . . . . .	200
3. Haftungsquoten bei einer Kollision mit einem Fußgänger am Fahrbahnrand . . . . .	201
D. Checkliste: Kriterien der Quotenbildung . . . . .	202
<b>§ 5 Haftungsausschluss bei Personenschäden . . . . .</b>	<b>203</b>
A. Übersicht . . . . .	203
B. Voraussetzungen der Haftungsprivilegierung nach den §§ 104, 105 SGB II . . . . .	206
I. Versicherte Tätigkeit als Beschäftigter . . . . .	206
II. Begriff des Unternehmers . . . . .	209
III. Keine vorsätzliche Schädigung . . . . .	210
C. Wegeunfall und Unfall auf dem Betriebsweg . . . . .	210
I. Übersicht . . . . .	210
II. Unfall auf dem Betriebsweg . . . . .	210
D. Gemeinsame Betriebsstätte . . . . .	212
I. Übersicht . . . . .	212
II. Gefahrengemeinschaft . . . . .	213
E. Bindung der Gerichte . . . . .	215
<b>§ 6 Anspruchsübergang . . . . .</b>	<b>217</b>
A. Übersicht . . . . .	217
B. § 116 SGB X . . . . .	217
I. Systematik des Anspruchsübergangs . . . . .	217
II. Träger der Sozialversicherung und der Sozialhilfe . . . . .	218
III. Übergangsfähige Schadensersatzansprüche . . . . .	218
IV. Schadenskongruenz . . . . .	219
V. Zeitpunkt des Anspruchsübergangs . . . . .	220
VI. Familienprivileg . . . . .	222
C. § 6 Entgeltfortzahlungsgesetz . . . . .	223
I. Übersicht . . . . .	223
II. Muster: Abzug ersparter Eigenaufwendungen . . . . .	224
III. Muster: Einwand gegenüber den begehrten Rechtsanwaltskosten . . . . .	225
D. Anspruchsübergang auf den Versicherer gem. § 86 Abs. 1 VVG . . . . .	226
<b>§ 7 Verjährung und Abfindungsvergleich . . . . .</b>	<b>229</b>
A. Übersicht . . . . .	229
B. Verjährungsbeginn . . . . .	229
I. Übersicht . . . . .	229
II. Muster: Aufforderung zum Verzicht auf die Einrede der Verjährung . . . . .	231
C. Verjährungshemmung . . . . .	232
I. Übersicht . . . . .	232
II. Muster: Verjährungshemmung wegen § 115 Abs. 2 S. 3 VVG . . . . .	234

D. Neubeginn der Verjährung . . . . .	235
I. Übersicht . . . . .	235
II. Muster: Neubeginn der Verjährung durch Abschlagszahlung . . . . .	236
E. Ablauf der Verjährungsfristen . . . . .	236
F. Abfindungsvergleich . . . . .	237
I. Hinweise . . . . .	237
II. Bindungswirkung des Abfindungsvergleichs . . . . .	237
1. Wegfall der Geschäftsgrundlage . . . . .	238
2. Äquivalenzstörung . . . . .	239
III. Muster: Unverbindlichkeit des Abfindungsvertrags . . . . .	240
IV. Aufklärung des Mandanten . . . . .	241
V. Muster: Aufklärung gegenüber dem Mandanten . . . . .	241
VI. Teilabfindungsvergleich . . . . .	243
VII. Abfindungsvergleich und Verjährung . . . . .	245
VIII. Regressrisiko . . . . .	247
<b>§ 8 Sachschaden . . . . .</b>	<b>249</b>
A. Unmittelbarer Fahrzeugschaden . . . . .	249
I. Übersicht . . . . .	249
II. Grundzüge bei konkreter Abrechnung des Reparaturschadens . . . . .	250
1. Ersatz höherer Reparaturkosten als ursprünglich geschätzt . . . . .	251
2. Abzug einer Wertverbesserung („Neu für Alt“) . . . . .	252
3. Ersatzpflicht des Schädigers unter Übernahme des „Werkstattrisikos“ . . . . .	253
4. Nachweis der angefallenen Mehrwertsteuer . . . . .	256
5. Checkliste: Konkreter Reparaturschaden . . . . .	257
III. Fiktiver Reparaturschaden . . . . .	257
1. Übersicht . . . . .	257
2. Bezifferung des fiktiven Reparaturschadens . . . . .	258
3. Kürzung bei den Stundenverrechnungssätzen . . . . .	260
a) Übersicht . . . . .	261
b) Gleiche Qualität und Zumutbarkeit der Reparatur . . . . .	262
aa) Fahrzeuge bis 3 Jahre . . . . .	262
bb) Fahrzeuge älter als 3 Jahre . . . . .	262
c) Zugänglichkeit ohne erheblichen Aufwand und Hinweispflicht der Schädigerseite . . . . .	266
d) zum Zeitpunkt der Verweisung . . . . .	266
4. Erstattungsfähigkeit von Preisaufschlägen für das Invorrathalten von Ersatzteilen . . . . .	268
5. Fiktive Abrechnung und zusätzliche Anforderung der bei der Reparatur tatsächlich entstandenen Mehrwertsteuer . . . . .	273
6. Checkliste: Fiktive Reparaturkosten . . . . .	275
IV. Grundsätze der Abrechnung auf Basis des Wiederbeschaffungsaufwands . . . . .	276
1. Übersicht . . . . .	276
2. Wiederbeschaffungswert . . . . .	276

3. Restwert . . . . .	277
a) Übersicht . . . . .	277
b) Restwert lässt sich insgesamt nicht mehr erzielen . . . . .	277
c) Verbindlichkeit des vom Sachverständigen ermittelten Restwertes und Vertrauensschutz des Geschädigten . . . . .	278
d) Zur Möglichkeit der Verweisung auf Restwertangebote aus dem überregionalen Markt (Restwertbörse) . . . . .	280
e) Erhöhtes Restwertangebot des Versicherers wird vom Rechtsanwalt nicht weitergeleitet . . . . .	284
f) Erhöhter Restwert . . . . .	285
g) Geringerer Restwert . . . . .	286
4. Umfang der Geldersatzleistung . . . . .	288
a) Ersatz der Mehrwertsteuer, wenn und soweit diese angefallen ist . . . . .	288
b) Abzug der Mehrwertsteuer: Regelbesteuerung oder Differenzbesteuerung? . . . . .	290
5. Totalschaden/Nebenkosten . . . . .	293
6. Checkliste: Grundsätze der Abrechnung auf Basis des Wiederbeschaffungsaufwandes . . . . .	295
V. Abrechnung nach dem sog. 4-Stufen-Modell . . . . .	296
1. Erste Stufe . . . . .	297
2. Zweite Stufe . . . . .	298
3. Dritte Stufe . . . . .	302
4. Vierte Stufe . . . . .	308
VI. Neuwagenabrechnung . . . . .	312
1. Überblick . . . . .	312
2. Anschaffung eines gleichwertigen Ersatzfahrzeugs . . . . .	313
3. Neuwertigkeit des Fahrzeugs . . . . .	316
4. Erheblicher Fahrzeugschaden . . . . .	317
5. Abrechnung des Schadens . . . . .	320
6. Checkliste: Neuwagenabrechnung . . . . .	321
B. Minderwert . . . . .	322
I. Übersicht . . . . .	322
II. Verhältnismäßige Neuwertigkeit des Fahrzeugs . . . . .	323
III. Erheblichkeit des Schadens . . . . .	325
IV. Bezifferung des merkantilen Minderwerts . . . . .	326
V. Checkliste: Minderwert . . . . .	332
C. Bezifferung des Fahrzeugschadens . . . . .	332
I. Vorlage der Reparaturrechnung . . . . .	333
II. Sachverständigengutachten . . . . .	333
1. Übersicht . . . . .	333
2. Anspruch des Geschädigten auf Einholung eines „eigenen“ Gutachtens . . . . .	333
3. Kostenrisiko bei Haftungsquote . . . . .	334
4. „Bagatellgrenze“ für die Einholung eines Sachverständigengutachtens . . . . .	336



5. Überhöhte Sachverständigenkosten . . . . .	338
a) Erstattungsanspruch des Geschädigten . . . . .	339
aa) Schätzungsgrundlagen . . . . .	339
bb) Vertrauensschutz für den Geschädigten . . . . .	341
b) Anspruch des Sachverständigen aus abgetretenem Recht . . . . .	343
6. Auswahl des Sachverständigen . . . . .	344
a) Gravierende Mängel . . . . .	345
b) Vorschäden . . . . .	345
III. Kostenvoranschlag . . . . .	348
IV. Checkliste: Bezifferung des Fahrzeugschadens . . . . .	349
D. Ersatz für den Ausfall des Unfallfahrzeugs . . . . .	350
I. Mietwagenkosten . . . . .	350
1. Mietwagenkosten und unfallbedingte Verletzungen . . . . .	351
2. Mietwagen bei Personenschaden und Nutzung durch nahe Angehörige . . . . .	352
3. Mietwagen trotz geringer Nutzung . . . . .	353
4. Pflicht zur Einholung von Preisvergleichen vor der Anmietung – Erstattungsfähigkeit des Unfallersatztarifs . . . . .	355
a) Übersicht . . . . .	355
b) Bestimmung des ortsüblichen „Normaltarifs“ . . . . .	356
aa) Bestimmung des Normaltarifs anhand des Schwacke- Mietpreisspiegels . . . . .	359
bb) Bestimmung des Normaltarifs anhand des Fraunhofer Mietpreisspiegels . . . . .	363
cc) Bestimmung des Normaltarifs anhand eines Mittelwerts . . . . .	366
dd) Beibehaltung des Fraunhofer Mietpreisspiegels . . . . .	367
c) Erstattungsfähigkeit eines Unfallersatztarifs bzw. prozentualer Aufschlag auf den Normaltarif . . . . .	367
aa) Fehlende Zugänglichkeit eines anderen Tarifs als des Unfallersatztarifs . . . . .	368
bb) Unfallersatztarif als erforderlicher Aufwand zur Schadensbeseitigung . . . . .	371
d) Aktivlegitimation . . . . .	376
5. Schadensminderungspflicht während der Anmietungszeit . . . . .	376
6. Nachweis der Erforderlichkeit und der Dauer der Anmietung . . . . .	378
7. Kosten der Anmietung und Abzug für Eigensparnis . . . . .	381
8. Mietwagenkosten bei Anmietung aus privater Hand . . . . .	385
9. Checkliste: Mietwagenkosten . . . . .	386
II. Nutzungsausfallschaden . . . . .	387
1. Übersicht . . . . .	387
2. Konkreter Nutzungsausfallschaden . . . . .	388
3. Pauschalierter Nutzungsausfallschaden . . . . .	391
a) Übersicht . . . . .	391
b) Nutzungswille . . . . .	394
c) Nutzungsausfallzeitraum . . . . .	397
aa) Konkreter Reparaturschaden . . . . .	397

bb) Fiktiver Reparaturschaden . . . . .	399
cc) Wirtschaftlicher Totalschaden . . . . .	401
4. Anspruchshöhe . . . . .	404
a) Anspruchshöhe bei konkreter Bezifferung . . . . .	404
b) Anspruchshöhe bei pauschalierter Bezifferung . . . . .	405
5. In Frage kommende Fahrzeugtypen . . . . .	408
6. Checkliste: Nutzungsausfallschaden . . . . .	409
III. Vorhaltekosten . . . . .	410
E. Sonstige Schadenspositionen . . . . .	412
I. Abschleppkosten . . . . .	412
II. Standgeld . . . . .	414
III. Entsorgungskosten . . . . .	416
IV. Umbaukosten . . . . .	417
V. Finanzierungskosten/Zinsschaden . . . . .	418
VI. Rückstufungsschaden . . . . .	420
VII. Rechtsanwaltskosten . . . . .	423
VIII. Schaden an Ausrüstung und Kleidung . . . . .	431
IX. Auslagen für Telefon, Porti etc. . . . .	433
X. Ergänzende Stellungnahme des Sachverständigen . . . . .	435
XI. Inkassokosten . . . . .	435
XII. Zinsen auf Gerichtskosten . . . . .	436
XIII. Ölspurbeseitigungskosten . . . . .	437
F. Besonderheiten bei dem Verkehrsunfall eines Leasingfahrzeugs . . . . .	438
I. Übersicht über die zu beachtenden Besonderheiten . . . . .	438
II. Anzeige des Leasingfalls und Absprachen mit dem Leasinggeber . . . . .	440
III. Korrespondenz mit dem Schädiger/Kfz-Haftpflichtversicherer . . . . .	444
1. Schadensanzeige . . . . .	444
2. „Leasingschaden“ . . . . .	445
3. Anspruch auf Ausgleich der Mehrwertsteuer . . . . .	446
IV. Abrechnung des Schadens durch den Leasinggeber . . . . .	447
V. Checkliste: Abwicklung von Schäden an Leasingfahrzeugen . . . . .	448
<b>§ 9 Personenschaden bei Verletzung . . . . .</b>	<b>451</b>
A. Schmerzensgeld . . . . .	451
I. Nachweis des Schadensumfangs . . . . .	452
II. Bezifferung des Schmerzensgeldes . . . . .	456
III. Schmerzensgeldrente und Kapitalisierung . . . . .	463
IV. Vererbbarkeit des Schmerzensgeldanspruchs . . . . .	466
V. Schockschaden . . . . .	468
VI. Sonderproblem: HWS-Syndrom . . . . .	470
VII. Berücksichtigung von Vorerkrankungen und Veranlagung zur Schadentendenz . . . . .	476
VIII. Psychischer Folgeschaden . . . . .	478
IX. Schmerzensgeld nach rechtskräftigem Schmerzensgeldurteil . . . . .	478
X. Checkliste: Schmerzensgeld . . . . .	480

B.	Heilbehandlungskosten . . . . .	480
I.	Besuchskosten naher Angehöriger . . . . .	482
II.	Kosten privatärztlicher Behandlung . . . . .	484
C.	Vermehrte Bedürfnisse . . . . .	487
D.	Erwerbsschaden . . . . .	491
I.	Lohnempfänger . . . . .	491
II.	Selbstständige . . . . .	494
III.	Kinder, Schüler und Auszubildende . . . . .	497
IV.	Haushaltsvorstände (Haushaltsführungsschaden) . . . . .	499
V.	Sonstige Anspruchsberechtigte . . . . .	510
VI.	Hinweise für alle Arten des Erwerbsschadens . . . . .	511
VII.	Rentenzahlung bei Dauerschaden oder Geldabfindung . . . . .	513
VIII.	Rentenschaden wegen fehlender Beitragszahlungen . . . . .	515
IX.	Checkliste: Erwerbsschaden . . . . .	515
<b>§ 10</b>	<b>Personenschaden bei Tötung . . . . .</b>	<b>517</b>
A.	Übersicht . . . . .	517
B.	Beerdigungskosten . . . . .	517
I.	Muster: Fahrtkosten von gering verdienenden Erben zur Trauerfeier . . . . .	519
II.	Muster: Anspruch auf Ersatz der Beerdigungskosten aus GoA . . . . .	520
C.	Unterhaltsschaden . . . . .	521
I.	Klage auf Feststellung eines zukünftigen Unterhaltsschadens . . . . .	522
II.	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Unterhaltspflicht . . . . .	523
III.	Wegfall des Unterhaltsanspruchs wegen grober Unbilligkeit gem. § 1579 BGB . . . . .	523
IV.	Durchsetzbarkeit des Unterhaltsanspruchs . . . . .	524
V.	Dauer des Unterhaltsanspruchs . . . . .	524
VI.	Unterhaltsschaden im Prozess . . . . .	532
D.	Haushaltsführungsschaden/Naturalunterhalt . . . . .	534
E.	Schmerzensgeld . . . . .	536
F.	Hinterbliebenengeld . . . . .	536
G.	Checkliste: Personenschäden bei Tötung . . . . .	537
<b>§ 11</b>	<b>Klage und selbstständiges Beweisverfahren . . . . .</b>	<b>539</b>
A.	Vorbereitung der Klage . . . . .	539
I.	Verzug des Anspruchsgegners . . . . .	539
1.	Versicherer reguliert nicht, weil ihm Unterlagen oder Informationen fehlen . . . . .	540
2.	Versicherer reguliert unter Rückforderungsvorbehalt . . . . .	542
3.	Mahnung und Klageandrohung . . . . .	543
II.	Kostenanforderung für das Klageverfahren . . . . .	543
B.	Klage . . . . .	545
I.	Klageaufbau . . . . .	545
1.	Checkliste: Grobgliederung einer Musterklage . . . . .	545
2.	Muster: Klageschrift . . . . .	546
3.	Teilklage . . . . .	550

II. Gerichtszuständigkeit/Gerichtsstandvereinbarung . . . . .	550
III. Aktiv- und Passivlegitimation . . . . .	551
1. Aktivlegitimation . . . . .	551
a) Übersicht . . . . .	551
b) Antrag auf Zahlung an Dritte bei gewillkürter Prozessstandschaft . . . . .	552
aa) Übersicht . . . . .	552
bb) Fall . . . . .	552
cc) Muster: Umstellung des Klageantrags bei Leasingfahrzeug . . . . .	552
dd) Hinweise . . . . .	553
2. Passivlegitimation . . . . .	553
IV. Klageanträge . . . . .	554
1. Berücksichtigung der Gesamtschuld bei mehreren Beklagten . . . . .	554
a) Übersicht . . . . .	554
b) Muster: Antrag bei gesamtschuldnerischer Haftung . . . . .	554
2. Unbezahlte Klageanträge . . . . .	555
a) Übersicht . . . . .	555
b) Muster: Antrag auf merkantile Wertminderung . . . . .	555
c) Muster: Antrag auf Schmerzensgeld . . . . .	555
d) Muster: Antrag auf Teilschmerzensgeld . . . . .	556
3. Feststellungsanträge . . . . .	558
a) Übersicht . . . . .	558
b) Muster: Antrag auf Feststellung bei einem Rückstufungsschaden . . . . .	558
c) Muster: Antrag auf Feststellung künftiger Schäden . . . . .	559
d) Hinweise . . . . .	559
4. Rentenansprüche . . . . .	560
a) Übersicht . . . . .	560
b) Muster: Antrag bei lebenslanger Rente . . . . .	561
c) Muster: Antrag bei zeitlich begrenzter Rente . . . . .	561
d) Hinweise . . . . .	561
5. Zinsansprüche . . . . .	561
6. Haftungshöchstsummen . . . . .	562
V. Beweisfragen . . . . .	562
1. Übersicht . . . . .	562
2. Anscheinsbeweis . . . . .	562
3. Schadensschätzung gem. § 287 ZPO . . . . .	563
4. Abtretung . . . . .	564
a) Übersicht . . . . .	564
b) Muster: Abtretungserklärung . . . . .	564
c) Hinweise . . . . .	564
5. Widerklage/Drittwiderklage . . . . .	564
a) Übersicht . . . . .	564
b) Muster: Wider- und Drittwiderklage . . . . .	565
6. Parteivernehmung gem. § 448 ZPO . . . . .	566
a) Übersicht . . . . .	566

b) Muster: Parteivernehmung bei Beweisnot . . . . .	566
c) Hinweise . . . . .	566
C. Selbstständiges Beweisverfahren . . . . .	567
I. Übersicht . . . . .	567
II. Muster . . . . .	568
D. Kostenfestsetzungsverfahren . . . . .	570
I. Übersicht . . . . .	570
II. Muster . . . . .	571
<b>§ 12 Unfallrekonstruktion im Prozess . . . . .</b>	<b>573</b>
A. Vorbemerkung . . . . .	573
B. Die juristischen Vorgaben für die Erstellung eines Sachverständigengutachtens . . . . .	573
I. Gesetzliche Grundlagen . . . . .	573
II. Beweisantritt . . . . .	573
1. Beweisantritt einer Partei . . . . .	573
2. Sachverständigengutachten von Amts wegen . . . . .	574
III. Beweisbeschluss als „Aufgabenliste“ des Sachverständigen . . . . .	574
1. Bedeutung des Beweisbeschlusses . . . . .	575
2. Inhalt des Beweisbeschlusses . . . . .	576
3. Auswahl des Sachverständigen . . . . .	579
IV. Prozess der Begutachtung durch den Sachverständigen . . . . .	580
1. Regelung des § 404a Abs. 3 ZPO . . . . .	580
2. Beschaffung der erforderlichen Tatsachen . . . . .	581
V. Die Gutachtenerstattung . . . . .	583
1. Schriftliches Gutachten . . . . .	584
2. Mündliches Gutachten . . . . .	585
VI. Sachverständigengutachten und Datenschutz . . . . .	586
VII. Spannungsfeld zwischen Aufklärung und Betriebsgeheimnissen . . . . .	587
C. Anforderungen an ein unfallanalytisches Sachverständigengutachten aus technischer Sicht . . . . .	588
I. Die Arbeit des Sachverständigen . . . . .	588
1. Gutachten schon im Strafverfahren als mögliche Grundlage für die spätere Verwertung im Zivilprozess . . . . .	588
2. Das Unfallrekonstruktionsgutachten im Zivilprozess . . . . .	589
3. Umfang und Aufgabenstellung eines Parteigutachtens . . . . .	589
4. Wichtige Arbeitsschritte bei allen Gutachten . . . . .	590
II. Die Beurteilung eines Gutachtens . . . . .	592
III. Einzelne mögliche Prüfungspunkte . . . . .	593
1. Anknüpfungstatsachen . . . . .	593
2. Erfordernis der Nachbesichtigung . . . . .	595
3. Bedeutung der Signalposition . . . . .	598
4. Parkplatzunfälle und Aussagekraft eines Sachverständigengutachtens . . . . .	603
D. Reaktionsmöglichkeiten auf ein Sachverständigengutachten . . . . .	607
I. Würdigung des Gutachtens . . . . .	607
1. Stellungnahmefrist . . . . .	607

2. Antrag auf Ergänzungsgutachten bzw. mündliche Erläuterung des Gutachtens . . . . .	607
3. Berücksichtigung eines Privatgutachtens . . . . .	609
II. Ein Sachverständigengutachten eines neu ernannten Gutachters . . . . .	610
III. Ablehnung des Sachverständigen . . . . .	612
IV. Verwertung von Sachverständigengutachten aus anderen Verfahren . . . . .	613
<b>§ 13 Verkehrsunfallmanipulation . . . . .</b>	<b>615</b>
A. Einleitung . . . . .	615
B. Erscheinungsformen der Unfallmanipulation . . . . .	616
I. Gestellter oder verabredeter Verkehrsunfall . . . . .	616
II. Provozierter Verkehrsunfall . . . . .	616
III. Fingierter Verkehrsunfall . . . . .	617
IV. Ausgenutzter Verkehrsunfall . . . . .	617
C. Aktivlegitimation des Geschädigten . . . . .	617
D. Besondere Darlegungs- und Beweislastfragen im betrugsindizierten Verkehrsunfallprozess . . . . .	619
I. Äußerer Tatbestand der Rechtsgutverletzung . . . . .	620
1. Anforderungen an den Sachvortrag des Geschädigten . . . . .	620
2. Sonderproblem: Der „So-nicht-Unfall“ . . . . .	621
II. Beweis der Einwilligung des Geschädigten . . . . .	622
1. Anscheins- oder Indizienbeweis . . . . .	622
2. Beweismaß . . . . .	623
3. Checkliste der eher für oder eher gegen eine Einwilligung sprechenden Umstände . . . . .	624
4. Besonderheiten beim provozierten Unfall . . . . .	630
III. Beweis des Schadensumfangs und Vorschadensproblematik . . . . .	631
1. Grundsätze . . . . .	631
2. Fallgruppen . . . . .	632
a) Unreparierter angegebener Vorschaden . . . . .	632
b) Unreparierter verschwiegener oder bestrittener Vorschaden . . . . .	632
c) Reparierter bekannter Vorschaden . . . . .	634
d) Vorschaden und Totalschadensabrechnung . . . . .	634
3. Folgepositionen . . . . .	634
E. Sonstige Implikationen des manipulierten Verkehrsunfalls . . . . .	635
I. Zulässigkeit der Nebenintervention und deren Reflexwirkung . . . . .	635
II. Geständnis des vermeintlichen Unfallverursachers . . . . .	636
III. Gutachten mit Auswertung von EDR-Daten/Dash-Cam . . . . .	637
IV. Gutachterkosten, Detektivkosten und Sachbearbeitungskosten . . . . .	638
<b>§ 14 Grundzüge des VVG . . . . .</b>	<b>641</b>
A. Behandlung möglicher „Altfälle“ ohne Umstellung der AKB . . . . .	641
B. Allgemeine Grundsätze bei Bildung der Kürzungsquote . . . . .	642
I. Reichweite des Kürzungsrechts . . . . .	643
II. Quotenbildung und die Beweislastverteilung . . . . .	644
1. Beweislastverteilung bei Obliegenheitsverletzung . . . . .	644

2. Einstieg in die Quotenbildung . . . . .	646
3. Schritte der Quotenbildung . . . . .	646
III. Bildung der Kürzungsquote bei Berücksichtigung des Selbstbehalts . . . . .	647
IV. Quotenbildung bei mehreren Pflichtverletzungen des Versicherungsnehmers . . . . .	649
C. Kriterien der Quotenbildung . . . . .	651
I. Übersicht . . . . .	651
II. Begriff der groben Fahrlässigkeit . . . . .	652
III. Objektive Kriterien und normative Vorprägung . . . . .	652
IV. Subjektives Verschulden . . . . .	653
D. Leistungskürzung wegen einer Obliegenheitsverletzung und der Kausalitätsgegenbeweis . . . . .	654
E. Einwand der Arglist des Versicherungsnehmers . . . . .	656
F. Obliegenheitsverletzung und Belehrungspflicht . . . . .	658
G. Gerichtsstand am Wohnsitz des Versicherungsnehmers nach § 215 VVG . . . . .	659
I. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	659
II. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	660
III. Besonderheiten bei der Klage gegen den Versicherungsnehmer und andere Personen . . . . .	661
IV. Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	662
H. Checkliste: Grundzüge des VVG . . . . .	662
<b>§ 15 Kaskoversicherung . . . . .</b>	<b>665</b>
A. Übersicht . . . . .	665
B. Anmeldung von Ansprüchen . . . . .	665
I. Übersicht . . . . .	665
II. Anfertigung eines Gutachtens durch Versicherung . . . . .	666
C. Teilkaskoversicherung . . . . .	667
I. Übersicht . . . . .	667
II. Glasbruchschäden . . . . .	667
III. Sturmschäden . . . . .	669
D. Vollkaskoversicherung . . . . .	672
I. Übersicht . . . . .	672
II. Grob fahrlässige Herbeiführung des Versicherungsfalls . . . . .	674
1. Übersicht . . . . .	674
2. Muster . . . . .	675
III. Zurechnung des Verhaltens Dritter (Repräsentant) . . . . .	677
IV. Regress des Kaskoversicherers . . . . .	680
V. Quotenvorrecht . . . . .	683
1. Übersicht . . . . .	683
2. Muster: Geltendmachung von Schadensersatz nach Inanspruchnahme der eigenen Vollkaskoversicherung . . . . .	686
VI. Ersatz der Mehrwertsteuer . . . . .	687
VII. Fallgruppen der grob fahrlässigen Herbeiführung des Versicherungsfalls . . . . .	688
1. Übersicht . . . . .	688
2. Alkoholbedingte Fahruntüchtigkeit . . . . .	689

3. Drogen- bzw. medikamentenbedingte Fahruntüchtigkeit . . . . .	694
4. Diebstahl . . . . .	695
5. Sonderfall: Verkehrsunsichere Bereifung . . . . .	697
VIII. Privileg bei häuslicher Gemeinschaft und Anspruchübergang (§ 86 Abs. 3 VVG) . . . . .	698
1. Hinweise . . . . .	698
2. Muster: Regress des Kaskoversicherers gegen eine Person im gleichen Haushalt . . . . .	699
IX. Obliegenheit zur Wahrung des übergangsfähigen Anspruchs und Leistungsfreiheit des Versicherers (§ 86 Abs. 2 VVG) . . . . .	700
1. Hinweise . . . . .	700
2. Muster: Regress des Kaskoversicherers und Anspruchsverzicht . . . . .	701
X. Rettungskostensatz und quotale Kürzung . . . . .	702
1. Verstoß gegen die Obliegenheiten aus § 82 VVG bei objektiv erforderlichen Rettungskosten . . . . .	702
2. Irrtum über die Erforderlichkeit der Rettungskosten . . . . .	702
E. Checkliste: Kaskoversicherung . . . . .	704
<b>§ 16 Vertragliche Ansprüche in der Kfz-Haftpflichtversicherung . . . . .</b>	<b>707</b>
A. Übersicht . . . . .	707
B. Obliegenheiten vor dem Versicherungsfall . . . . .	708
I. Übersicht . . . . .	708
II. Muster: Einwand bei Regress des Versicherers wegen alkoholbedingter Fahruntüchtigkeit nach dem neuen VVG . . . . .	709
III. Regresshöchstgrenzen . . . . .	711
C. Obliegenheiten nach dem Versicherungsfall . . . . .	712
I. Übersicht . . . . .	712
II. Falsche Angaben zum Unfallhergang . . . . .	716
1. Vorsatz und grob fahrlässige Falschauskunft des Versicherungsnehmers . . . . .	716
2. Kausalitätsgegenbeweis und Arglist . . . . .	717
3. Belehrungserfordernis . . . . .	717
III. Keine Schadensanzeige durch den Versicherungsnehmer . . . . .	718
1. Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit . . . . .	719
2. Kausalitätsgegenbeweis und Arglist . . . . .	719
D. Regulierungsvollmacht des Versicherers . . . . .	721
E. Abgrenzung zur privaten Haftpflichtversicherung . . . . .	723
<b>§ 17 Private Unfallversicherung . . . . .</b>	<b>727</b>
A. Einleitung . . . . .	727
B. Anspruchsprüfung . . . . .	729
I. Grundlegung . . . . .	729
II. Der Unfallbegriff . . . . .	730
1. Definition . . . . .	730
2. Erweiterter Unfallbegriff . . . . .	731
III. Praxisrelevante Risikoausschlüsse . . . . .	731



IV. Übersicht über die versicherbaren Leistungsarten . . . . .	733
V. Die Invaliditätsleistung . . . . .	733
1. Voraussetzungen . . . . .	734
2. Muster: Anmeldung von Ansprüchen beim Unfallversicherer . . . . .	736
3. Hinweispflicht des Versicherers nach § 186 VVG . . . . .	737
4. Bemessung der Invalidität und Neubemessung . . . . .	738
5. Muster: Klage des Versicherungsnehmers gegen die Unfallversicherung auf Invaliditätsleistung . . . . .	739
VI. Mitwirkung von Krankheiten und Gebrechen . . . . .	741
VII. Verjährung . . . . .	742
C. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch gegenüber dem Schädiger . . . . .	743
I. Allgemeines . . . . .	743
II. Muster: Geltendmachung von Rechtsanwaltskosten . . . . .	744
<b>§ 18 Verarbeitung und Verwertung von personenbezogenen Daten aus Kfz und     darin eingesetzten Kameras . . . . .</b>	<b>745</b>
A. Auslesen von Daten aus Kraftfahrzeugen zur Unfallrekonstruktion . . . . .	745
I. Gespeicherte Daten im Fahrzeug . . . . .	745
II. Unfalldatenschreiber . . . . .	746
III. Zukünftige Entwicklung . . . . .	747
B. Unfallrekonstruktion mithilfe von Event Data Recordern . . . . .	749
I. Historische Entwicklung . . . . .	749
II. Grundzüge des EDR/CDR . . . . .	749
III. Auslesbare EDR-Daten . . . . .	750
IV. Verbreitung von CDR auslesbaren EDR in Europa . . . . .	752
V. Genauigkeit der Daten . . . . .	754
VI. Einzelne Fallgruppen . . . . .	755
1. Ungeklärter Kollisionspunkt . . . . .	755
2. Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit . . . . .	756
3. Ermittlung der kollisionsbedingten Geschwindigkeitsänderung . . . . .	757
C. Auslesen von Fahrzeugdaten und Datenschutz . . . . .	758
I. Grundlagen des Datenschutzes . . . . .	758
1. Vorrangige Spezialregelungen . . . . .	758
2. Personenbezug der Daten . . . . .	758
3. Verarbeitung personenbezogener Daten . . . . .	760
4. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung . . . . .	760
a) Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1a DSGVO . . . . .	760
b) Erfüllung eines Vertrages – Art. 6 Abs. 1b DSGVO . . . . .	762
c) Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung – Art. 6 Abs. 1c DSGVO . . . . .	762
d) Wahrung berechtigter Interessen – Art. 6 Abs. 1f DSGVO . . . . .	763
II. Auskunftsansprüche und die gemeinsame Erklärung der Datenschutzbehörden . . . . .	763
1. Personenbezogenheit . . . . .	764
2. Zeitpunkt der Datenerhebung . . . . .	764
3. Verantwortliche Stelle . . . . .	765

4. Zulässigkeit der Datenerhebung und -verarbeitung . . . . .	767
5. Auskunftsanspruch . . . . .	768
D. Aufnahmen aus Dashcams . . . . .	774
I. Der Einsatz von Dashcams . . . . .	774
1. Aufnahmearten . . . . .	775
2. Möglichkeiten der Speicherung . . . . .	775
3. Umfang der gewonnenen Daten . . . . .	775
II. Rechtliche Bewertung . . . . .	776
1. Anwendungsbereich des Datenschutzes (Beweiserhebung) . . . . .	776
2. Prüfung eines Verwertungsverbots (Beweisverwertung) . . . . .	778
3. Argumente im Einzelnen . . . . .	780
<b>§ 19 Gebühren des Anwalts . . . . .</b>	<b>783</b>
A. Allgemeines . . . . .	783
I. Erstattungsfähigkeit von Rechtsanwaltskosten . . . . .	783
II. Ermittlung des Gegenstandswertes . . . . .	784
III. Ermittlung des Gegenstandswertes bei Abtretung . . . . .	785
IV. Ermittlung des Gegenstandswertes bei Zahlung vor Beauftragung . . . . .	786
V. Gegenstandswert bei fiktiver Abrechnung . . . . .	788
B. Außergerichtliche Gebührentatbestände . . . . .	789
I. Beratungsgebühr . . . . .	789
II. Geschäftsgebühr . . . . .	789
III. Verhältnis der Geschäftsgebühr zur Verfahrensgebühr . . . . .	793
1. Verfahrensgebühr . . . . .	793
2. Anrechnung der Geschäftsgebühr . . . . .	794
a) Innenverhältnis und Außenverhältnis . . . . .	794
aa) Erfüllung des Anspruchs auf eine Gebühr . . . . .	794
bb) Vollstreckungstitel wegen einer der beiden Gebühren . . . . .	795
cc) Geltendmachung beider Gebühren im selben Verfahren . . . . .	795
b) Ausnahmen von der Anrechnung . . . . .	796
3. Verfolgung der Geschäftsgebühr im Gerichtsverfahren . . . . .	797
IV. Einigungsgebühr . . . . .	799
1. Grundlagen . . . . .	799
2. Einigungsgebühr und Terminsgebühr . . . . .	801
3. Einigungsgebühr und Klagerrücknahme . . . . .	801
V. Pauschalgebühr Akteneinsicht . . . . .	802
<b>§ 20 Korrespondenz mit dem Rechtsschutzversicherer . . . . .</b>	<b>805</b>
A. Allgemeines . . . . .	805
B. Differenz zwischen Kostenanspruch des Anwalts und Kostenerstattungsanspruch des Mandanten . . . . .	806
C. Quotenvorrecht gegenüber dem Rechtsschutzversicherer . . . . .	807
D. Deckungszusage für eine negative Feststellungsklage . . . . .	809
E. Mandat gegen Rechtsschutzversicherer . . . . .	811
F. Deckung für Klage nur gegen Unfallverursacher . . . . .	812

G. Aufrechnung gegenüber Rechtsschutzversicherer . . . . .	813
H. Kein mehrfacher Anfall der Selbstbeteiligung . . . . .	814
<b>Teil 2: Verkehrsstraf- und Bußgeldrecht . . . . .</b>	<b>817</b>
<b>Kapitel 1: Verkehrsstrafrecht . . . . .</b>	<b>817</b>
<b>§ 21 Einleitung . . . . .</b>	<b>817</b>
<b>§ 22 Unfallflucht (§ 142 StGB) . . . . .</b>	<b>819</b>
A. Einleitung . . . . .	819
B. Der objektive Tatbestand . . . . .	819
I. Unfall im öffentlichen Straßenverkehr . . . . .	819
1. Begriffsbestimmungen . . . . .	819
2. Teleologische Reduktion: Gefahrezusammenhang . . . . .	821
II. Unfallbeteiligter/Täter . . . . .	822
III. Sich-Entfernen vom Unfallort . . . . .	823
1. Unerlaubtes Sich-Entfernen . . . . .	823
2. Pflichten des Unfallbeteiligten . . . . .	826
C. Der subjektive Tatbestand . . . . .	830
I. Bemerkbarkeit/Wahrnehmbarkeit des Unfalls . . . . .	830
II. Bedeutender Fremdschaden bei der Verkehrsunfallflucht . . . . .	832
1. Höhe und Berechnung des Schadens . . . . .	833
a) Abgrenzung zum Bagatellschaden . . . . .	833
b) Die Berechnung des Fremdschadens, insbesondere § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB . . . . .	833
2. Bemerkbarkeit des bedeutenden Schadens . . . . .	835
3. Verteidigungsansätze bei §§ 142 Abs. 1, 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB . . . . .	835
4. Irrtum . . . . .	836
a) Tatbestandsirrtum . . . . .	836
b) Verbotsirrtum . . . . .	836
c) Personenschaden . . . . .	837
<b>§ 23 Fahrlässige Tötung (§ 222 StGB) . . . . .</b>	<b>839</b>
A. Einleitung . . . . .	839
B. Muster . . . . .	839
<b>§ 24 Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB) . . . . .</b>	<b>843</b>
A. Einleitung . . . . .	843
B. Ausgewählte Probleme im Bereich des § 229 StGB . . . . .	843
I. Tathandlung: Körperliche Misshandlung und/oder Gesundheitsbeschädigung . . . . .	843
1. Körperliche Misshandlung . . . . .	843
2. Gesundheitsschädigung . . . . .	843
3. Einstellung des Verfahrens nach Abschnitt 243 Abs. 3 RiStBV . . . . .	844
II. Bewusstes Eingehen von Risiken . . . . .	846
III. Vermeidbarkeit . . . . .	846

<b>§ 25 Nötigung (§ 240 StGB)</b> . . . . .	849
A. Einleitung . . . . .	849
B. Tatbestandsmerkmale . . . . .	849
I. Empfindliches Übel . . . . .	849
II. Gewalt . . . . .	849
III. Intensität . . . . .	850
C. Muster . . . . .	850
<b>§ 26 Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315b StGB)</b> . . . . .	853
A. Der objektive Tatbestand . . . . .	853
B. Der subjektive Tatbestand . . . . .	855
C. Die Qualifikation des § 315 Abs. 3 Nr. 1b . . . . .	855
<b>§ 27 Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB)</b> . . . . .	857
A. Vorbemerkung . . . . .	857
B. Der objektive Tatbestand . . . . .	857
I. Führen eines Fahrzeugs im Straßenverkehr . . . . .	857
1. Fahrzeug . . . . .	857
2. Führen eines Fahrzeugs . . . . .	858
II. Öffentlicher Straßenverkehr . . . . .	858
III. Fahrunsicherheit . . . . .	859
1. Genuss alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel . . . . .	859
2. Geistige oder körperliche Mängel . . . . .	859
a) Insbesondere vorübergehende oder dauernde Krankheiten . . . . .	859
b) Insbesondere Müdigkeit . . . . .	860
IV. Verkehrsverstöße gem. Nr. 2 . . . . .	861
1. Grob verkehrswidrig und rücksichtslos . . . . .	862
2. Die einzelnen „Todsünden“ . . . . .	863
a) Nichtbeachtung der Vorfahrt, Nr. 2a . . . . .	863
b) Falsches Fahren beim Überholvorgang, Nr. 2b . . . . .	865
c) Falsches Fahren an Fußgängerüberwegen . . . . .	868
d) Zu schnelles Fahren an unübersichtlichen Stellen . . . . .	868
e) Verletzung des Rechtsfahrgebotes an unübersichtlichen Stellen . . . . .	869
f) Wenden, Rückwärtsfahren und Fahren entgegen der Fahrtrichtung . . . . .	869
g) Nichtkenntlichmachung haltender oder liegen gebliebener Fahrzeuge . . . . .	869
V. Konkrete Gefährdung . . . . .	870
VI. Fremde Sache von bedeutendem Wert . . . . .	871
C. Der subjektive Tatbestand . . . . .	871
I. Vorsatz . . . . .	871
II. Fahrlässigkeit nach Abs. 3 . . . . .	871
1. Abs. 3 Nr. 1 . . . . .	871
2. Abs. 3 Nr. 2 . . . . .	871

<b>§ 28 Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)</b> . . . . .	873
A. Vorbemerkung . . . . .	873
B. Der objektive Tatbestand . . . . .	873
I. Führen eines Fahrzeugs im Straßenverkehr . . . . .	873
II. Fahruntüchtigkeit infolge Genusses alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel . . . . .	874
1. Absolute Fahruntüchtigkeit . . . . .	874
2. Relative Fahruntüchtigkeit . . . . .	874
C. Der subjektive Tatbestand . . . . .	876
D. Schuld . . . . .	877
E. Richtervorbehalt gem. § 81a StPO . . . . .	878
I. Allgemeines, insb. § 81a Abs. 2 S. 2 StPO . . . . .	878
II. Freiwilligkeit . . . . .	881
F. Sonstige berauschende Mittel . . . . .	883
<b>§ 29 Fahrverbot (§ 44 StGB)</b> . . . . .	885
A. Allgemeines . . . . .	885
B. Muster . . . . .	886
<b>§ 30 Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 69 StGB)</b> . . . . .	889
A. Allgemeines . . . . .	889
B. Tatbestandsmerkmale, Abs. 1 . . . . .	889
I. Anlassstat . . . . .	889
II. Kraftfahrzeug/Pedelecs . . . . .	890
III. Führen eines Kraftfahrzeugs . . . . .	890
1. Führen eines Kraftfahrzeugs, Var. 1 . . . . .	890
2. Bei oder im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs, Var. 2 . . . . .	891
3. Verletzung der Pflichten eines Kraftfahrzeugführers, Var. 3 . . . . .	893
C. Katalogtaten und Regelvermutung, Abs. 2 . . . . .	893
<b>§ 31 Sperre der Erteilung der Fahrerlaubnis (§ 69a StGB)</b> . . . . .	895
A. Allgemeines . . . . .	895
B. Ausnahmen von der Sperre . . . . .	896
<b>§ 32 Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 111a StPO)</b> . . . . .	901
A. Allgemeines . . . . .	901
B. Dringender Tatverdacht . . . . .	901
C. Ausnahmen . . . . .	901
D. Rechtsmittel . . . . .	901
<b>§ 33 Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG)</b> . . . . .	903
<b>§ 34 Pflichtversicherungsgesetz</b> . . . . .	907

<b>§ 35 Sonstiges</b> . . . . .	909
A. Beauftragung eines Sachverständigen durch Verteidiger . . . . .	909
B. Verfahrenseinstellung gem. §§ 153/153a StPO – Vorgriff auf zivilrechtliche Ansprüche . . . . .	910
C. Anschreiben nach Zustellung des Strafbefehls . . . . .	912
 <b>Kapitel 2: Bußgeldrecht</b> . . . . .	 913
<b>§ 36 Einleitung</b> . . . . .	913
<b>§ 37 Vorverfahren</b> . . . . .	915
A. Bestellung gegenüber der Behörde/dem Gericht . . . . .	915
I. Bestellungsschreiben und Vollmacht . . . . .	915
II. (Erweiterte) Akteneinsicht . . . . .	917
B. Anfrage an das KBA . . . . .	920
C. Kennzeichenanzeige . . . . .	923
D. Einspruch . . . . .	924
E. Einstellung des Verfahrens wegen Verjährung . . . . .	928
I. Unterbrechung durch Anhörung etc. . . . .	929
II. Unterbrechung durch vorläufige Einstellung . . . . .	931
III. Unterbrechung durch Erlass und Zustellung des Bußgeldbescheides . . . . .	934
F. Einstellung des Verfahrens aus Opportunitätsgründen im Vorverfahren . . . . .	939
I. Eigener Sach- und/oder Personenschaden des Betroffenen . . . . .	939
II. Unverhältnismäßigkeit der Kosten der weiteren Verfolgung der Tat . . . . .	942
III. Sonstige Fälle . . . . .	944
G. Vorläufige Einstellung des Verfahrens (Jugendliche) . . . . .	946
H. Entscheidung im Beschlussweg vermeiden/vorbereiten . . . . .	948
I. Entscheidung nach § 69 OWiG . . . . .	951
J. Entbindung von der Pflicht des persönlichen Erscheinens, § 73 OWiG . . . . .	952
K. Vorgefertigter Beweisantrag . . . . .	954
L. Stellungnahme zum Termin . . . . .	956
I. Vorsatz/Fahrlässigkeit . . . . .	957
II. Tateinheit/Tatmehrheit . . . . .	957
III. Fahrverbot . . . . .	959
1. Allgemeines . . . . .	959
2. Wegfall des Fahrverbots . . . . .	960
3. Absehen vom Fahrverbot . . . . .	965
M. Terminsverlegung . . . . .	968
 <b>§ 38 Hauptverhandlung</b> . . . . .	 973
A. Beweisaufnahme – Allgemeines . . . . .	973
B. Eigenladung von Zeugen und Sachverständigen für den Hauptverhandlungstermin . . . . .	975
C. Beweisanträge zu Verkehrsverstößen . . . . .	976
D. Beweisantrag zur Identitätsfeststellung . . . . .	979
E. Beweisantrag zu subjektivem Tatbestand . . . . .	980

F. Anträge zu Protokoll . . . . .	981
I. Befangenheit . . . . .	982
II. Herbeiführen einer gerichtlichen Entscheidung . . . . .	982
III. Aussetzungsantrag nach Beweiserhebung . . . . .	983
IV. Widerspruch im Rahmen der Beweisaufnahme . . . . .	984
V. Aussetzungsantrag nach rechtlichem Hinweis . . . . .	986
G. Hilfsbeweis Antrag . . . . .	987
<b>§ 39 Rechtsbeschwerde . . . . .</b>	<b>989</b>
A. Allgemeines . . . . .	989
B. Die allgemeine Sachrüge . . . . .	989
C. Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidung im Beschlussweg . . . . .	992
D. Die Verfahrensrüge . . . . .	994
E. Die Zulassungsrechtsbeschwerde . . . . .	998
I. Allgemeines . . . . .	998
II. Der Zulassungsantrag im Zusammenhang mit §§ 73, 74 OWiG . . . . .	999
1. Behauptung: Entbindung hätte gewährt werden müssen . . . . .	999
2. Behauptung: Mandant war genügend entschuldigt . . . . .	1000
3. Sonderfall: keine volle Verfahrensrüge erforderlich . . . . .	1000
4. Verletzung des rechtlichen Gehörs . . . . .	1001
<b>§ 40 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .</b>	<b>1003</b>
A. Wiedereinsetzung in die Einspruchsfrist . . . . .	1003
B. Wiedereinsetzung bezüglich der versäumten Widerspruchsfrist nach § 72 OWiG . . . . .	1003
C. Wiedereinsetzung bezüglich des versäumten Hauptverhandlungstermins . . . . .	1004
D. Wiedereinsetzung in die Rechtsbeschwerdefristen . . . . .	1006
<b>§ 41 Vollstreckung . . . . .</b>	<b>1007</b>
A. Vorbemerkung . . . . .	1007
B. Überlange Fahrverbotsdauer . . . . .	1007
C. Nichtberücksichtigung von Zeiten der Sicherstellung der Fahrerlaubnis . . . . .	1008
<b>§ 42 Schreiben an den Mandanten . . . . .</b>	<b>1009</b>
<b>Kapitel 3: Gebühren im Straf- und Bußgeldrecht . . . . .</b>	<b>1013</b>
<b>§ 43 Gebühren des Anwalts in Strafsachen . . . . .</b>	<b>1013</b>
A. Grund- und Verfahrensgebühr . . . . .	1013
B. Terminsgebühr nach Nr. 4102 VV RVG . . . . .	1013
C. Weitere Verfahrensgebühr . . . . .	1013
D. Terminsgebühr für die Teilnahme an der Hauptverhandlung . . . . .	1013
E. Zusätzliche Gebühr . . . . .	1014
I. Strafverfahren wird nicht nur vorläufig eingestellt, Gebühr nach Nr. 4141 Anm. 1 Satz 1 Nr. 1 VV RVG . . . . .	1014
II. Hauptverfahren wird nicht eröffnet, Gebühr nach Nr. 4141 Anm. 1 Satz 1 Nr. 2 VV RVG . . . . .	1015
III. Rücknahme des Einspruchs gegen den Strafbefehl, der Berufung oder der Revision . . . . .	1015

IV. Verfahrensbeendigung mittels Beschluss nach § 411 Abs. 1 Satz 3 StPO, Nr. 4141 Anm. 1 Satz 1 Nr. 4 VV RVG . . . . .	1017
V. Zusätzliche Gebühr nach Nr. 4142 VV RVG . . . . .	1017
<b>§ 44 Gebühren des Anwalts in Bußgeldsachen . . . . .</b>	<b>1021</b>
A. Allgemeines . . . . .	1021
B. Verfahren über die Rechtsbeschwerde . . . . .	1021
C. Zusätzliche Gebühren . . . . .	1022
I. Zusätzliche Gebühr nach Nr. 5115 Abs. 1 Nr. 1 VV RVG . . . . .	1022
II. Zusätzliche Gebühr nach Nr. 5115 Abs. 1 Nr. 2 VV RVG . . . . .	1022
III. Zusätzliche Gebühr nach Nr. 5115 Abs. 1 Nr. 3 VV RVG . . . . .	1022
IV. Zusätzliche Gebühr nach Nr. 5115 Abs. 1 Nr. 4 VV RVG . . . . .	1022
V. Zusätzliche Gebühr nach Nr. 5115 Abs. 1 Nr. 5 VV RVG . . . . .	1023
VI. Zusätzliche (Verfahrens-) Gebühr nach Nr. 5116 VV RVG . . . . .	1023
D. Bestimmung der Gebührenhöhe . . . . .	1023
E. Kostenerstattung bei Einstellung nach § 47 OWiG . . . . .	1025
F. Kostenerstattung bei Einstellung wegen Eintritts der Verfolgungsverjährung . . . . .	1026
G. Terminsgebühr bei geplatztem Termin . . . . .	1026
<b>§ 45 Korrespondenz mit dem Rechtsschutzversicherer in Straf- und Bußgeldsachen . . . . .</b>	<b>1027</b>
A. Allgemeines . . . . .	1027
B. Abrechnung bei Freispruch . . . . .	1028
C. Sachverständigengutachten in der Rechtsschutzversicherung . . . . .	1028
D. Quotelung bei Zusammenfall von Vorsatz- und Fahrlässigkeitstat . . . . .	1029
E. Rückwirkender Wegfall der Deckung bei Vorsatztat . . . . .	1030
<b>Teil 3 Verkehrsverwaltungsrecht . . . . .</b>	<b>1033</b>
<b>§ 46 Einführung . . . . .</b>	<b>1033</b>
<b>§ 47 Entziehung der Fahrerlaubnis . . . . .</b>	<b>1035</b>
A. Entziehung der Fahrerlaubnis durch das Strafgericht, § 69 StGB . . . . .	1035
I. Systematik . . . . .	1035
II. Sperrfrist für die Wiedererteilung . . . . .	1036
III. Vorrang der strafrichterlichen Entscheidung . . . . .	1037
IV. Beratungshilfen für den Mandanten . . . . .	1037
V. Sperrfristverkürzung . . . . .	1039
B. Entziehung durch die Verwaltungsbehörde, § 3 StVG . . . . .	1039
I. Ausgangssituation . . . . .	1039
II. Rechtsgrundlage für die Entziehung . . . . .	1040
III. Eignung und Befähigung . . . . .	1040
C. Entziehung der Fahrerlaubnis nach dem Punktesystem, § 4 StVG . . . . .	1040
I. Neues Punktesystem . . . . .	1040
II. Fahreignungsseminar . . . . .	1042
III. Abfrage beim Kraftfahrtbundesamt . . . . .	1042



IV. Maßnahmenstufen . . . . .	1043
1. Erreichen von 4–5 Punkten . . . . .	1043
2. Erreichen von 6–7 Punkten . . . . .	1043
3. Erreichen von 8 Punkten . . . . .	1043
4. Tilgung . . . . .	1044
D. Entziehung wegen Eignungsmängeln . . . . .	1045
I. Überblick . . . . .	1045
II. Anlage 4 zur FeV: Erkrankungen und Mängel . . . . .	1045
1. Grundlagen . . . . .	1045
2. Die Vorbemerkung der Anlage 4 zur FeV . . . . .	1046
3. Regelfall und Atypik (Nr. 3 der Vorbemerkung) . . . . .	1047
4. Übersicht: Krankheiten und Mängel . . . . .	1048
5. Alkoholmissbrauch . . . . .	1048
6. Alkoholabhängigkeit . . . . .	1050
III. Drogen und Arzneimittel . . . . .	1051
1. Allgemeines . . . . .	1051
2. „Harte Drogen“ . . . . .	1052
a) Einmaliger Konsum . . . . .	1052
b) Begriff der Einnahme . . . . .	1052
c) Akt der gebundenen Verwaltung . . . . .	1053
d) Wiedererlangung der Fahreignung . . . . .	1053
3. Cannabis . . . . .	1054
a) Konsummuster . . . . .	1054
b) Probierkonsum von Cannabis . . . . .	1054
c) Fahreignungsrelevanter Konsum . . . . .	1055
d) Regelmäßige Einnahme von Cannabis . . . . .	1056
e) Gelegentliche Einnahme von Cannabis . . . . .	1057
aa) Überblick . . . . .	1057
bb) Gelegentlicher Konsum . . . . .	1057
cc) Zusatztatsache: „Rauschfahrt“ (Rechtsprechungsänderung 2019) . . . . .	1058
E. Eignungszweifel und Sachverhaltsaufklärung . . . . .	1060
I. Allgemeines . . . . .	1060
II. Verweigerung der Mitwirkung . . . . .	1061
III. Eignungszweifel bei Alkoholproblematik . . . . .	1062
1. Alkoholabhängigkeit (§ 13 Nr. 1 FeV) . . . . .	1062
2. Wiedererlangung der Eignung . . . . .	1063
3. Alkoholmissbrauch (§ 13 Nr. 2 lit. a FeV) . . . . .	1064
a) Allgemeines . . . . .	1064
b) „Sonst Tatsachen“ als Auffangtatbestand . . . . .	1064
aa) „Sonst Tatsachen“ und Grundrechte . . . . .	1064
bb) Gefahrerforschungseingriff . . . . .	1065
cc) Konkrete tatsächliche Anhaltspunkte . . . . .	1065
c) Exkurs: „MPU unter 1,6 ‰“ . . . . .	1066
aa) Anwendung von Nr. 2 des § 13 FeV . . . . .	1066

bb) § 13 FeV Nr. 2: Buchstabe c) und Buchstabe a) . . . . .	1067
cc) „Zusatztatsachen“-Rechtsprechung . . . . .	1067
dd) § 13 Nr. 2 FeV: Buchstabe d) und Buchstabe a) . . . . .	1068
4. Wiederholte Zuwiderhandlung (§ 13 Nr. 2 lit. b FeV) . . . . .	1070
5. BAK von 1,6 ‰ oder mehr (§ 13 Nr. 2 lit. c FeV) . . . . .	1071
6. Vorangegangene Entziehung (§ 13 Nr. 2 lit. d FeV) . . . . .	1071
7. Wiedererlangung der Fahreignung (§ 13 Nr. 2 lit. e FeV) . . . . .	1072
IV. Eignungszweifel bei Drogenproblematik . . . . .	1072
1. Verdacht auf Drogenabhängigkeit (Nr. 1 des § 14 Abs. 1 S. 1 FeV) . . . . .	1072
2. Verdacht der Einnahme von Betäubungsmitteln (Nr. 2 und 3 des § 14 Abs. 1 S. 1 FeV) . . . . .	1072
3. Illegaler Besitz von Betäubungsmitteln (S. 2 des § 14 Abs. 1 FeV) . . . . .	1073
4. Gelegentlicher Cannabiskonsum (S. 3 des § 14 Abs. 1 FeV) . . . . .	1073
5. Sonstige Tatbestände der MPU-Beibringung (Abs. 2 des § 14 FeV) . . . . .	1073
6. Einschränkende Auslegung des § 14 FeV . . . . .	1073
a) Cannabis-Entscheidung des BVerfG . . . . .	1073
b) Allgemeine Folgerungen . . . . .	1075
c) Spezielle Folgerungen . . . . .	1075
d) Umstände des Einzelfalls . . . . .	1075
<b>§ 48 EU-Führerscheine . . . . .</b>	<b>1077</b>
A. Einführung in die Problematik . . . . .	1077
I. Fragestellung . . . . .	1077
II. Führerschein-Tourismus . . . . .	1077
III. Vorrang des Unionsrechts . . . . .	1077
IV. Umsetzungsrecht in §§ 28, 29 FeV . . . . .	1077
B. Anerkennungsgrundsatz . . . . .	1078
C. Wohnsitzprinzip . . . . .	1080
I. Bedeutung . . . . .	1080
II. Begriff des ordentlichen Wohnsitzes . . . . .	1081
D. Nichtanerkennung wegen Wohnsitzverstoßes . . . . .	1081
I. Ermittlung des Wohnsitzverstoßes . . . . .	1081
II. Verstoß folgt aus Führerscheindokument . . . . .	1081
III. Verstoß folgt aus Informationen vom Ausstellerstaat . . . . .	1082
E. Nichtanerkennung wegen Sperrfrist bzw. Fahrverbots . . . . .	1082
F. Nichtanerkennung unzulässig bei „Entzug, Versagung, Verzicht“ . . . . .	1083
G. Maßnahmen nach erteilter EU-Fahrerlaubnis . . . . .	1083
H. Konkrete Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörde . . . . .	1084
<b>§ 49 Anwaltliche Beratung und MPU . . . . .</b>	<b>1085</b>
A. Problemstellung . . . . .	1085
B. Alkoholproblematik . . . . .	1086
C. Drogenproblematik . . . . .	1087

<b>§ 50 Fahrtenbuchauflage</b> . . . . .	1089
A. Praktische Bedeutung . . . . .	1089
B. Zweck der Regelung . . . . .	1089
C. Voraussetzungen . . . . .	1089
D. Anwaltliche Verteidigungsmöglichkeiten . . . . .	1091
I. Behördliche Ermittlungsbemühungen . . . . .	1091
II. Aussichtslose Ermittlungsbemühungen . . . . .	1092
<b>§ 51 Checklisten: Verwaltungsakt und Rechtsschutz</b> . . . . .	1097
A. Überprüfung eines Verwaltungsakts . . . . .	1097
B. Zulässigkeit der Klage vor dem Verwaltungsgericht . . . . .	1099
C. Vorläufiger Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO . . . . .	1099
Stichwortverzeichnis . . . . .	1103

## Autorenverzeichnis

*Torsten Bendig, LL.M.*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verkehrsrecht, Fachanwalt für Versicherungsrecht,  
Hamburg

*Dr. Oliver Brockmann*

Diplom-Ingenieur, ö.b.u.v. Sachverständiger für Kraftfahrzeugschäden und -bewertung,  
Kottenheim

*Jens Dötsch*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verkehrsrecht, Fachanwalt für Versicherungsrecht,  
Andernach

*Dr. Matthias Franzke*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Versicherungsrecht, Fachanwalt für Verkehrsrecht,  
Wesseling

*Sebastian Gutt*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verkehrsrecht, Helmstedt

*Dr. Matthias Keller*

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht, Aachen

*Dr. Benjamin Krenberger*

Richter am Amtsgericht, Landstuhl

*Victoria Nordmann*

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Versicherungsrecht, Hannover

*Dr. Michael Nugel*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verkehrsrecht, Fachanwalt für Versicherungsrecht, Essen

*André Schrickel*

Diplom-Ingenieur, ö.b.u.v. Sachverständiger für Straßenverkehrsunfälle, Münster

*Hilmar Stobbe*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Versicherungsrecht, Hannover

*Dr. Jens Tietgens*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Versicherungsrecht, Hannover



# Musterverzeichnis

<b>§ 1</b>	<b>Mandatsvorbereitung, Informationsbeschaffung und Anmeldung von Ansprüchen</b>	
1.1	Widerrufsbelehrung bei Fernabsatzverträgen . . . . .	2
1.2	Fragebogen zum Unfallgeschehen . . . . .	7
1.3	Auszug: Datenschutzhinweise nach Art. 13 DSGVO . . . . .	17
1.4	Halteranfrage . . . . .	25
1.5	Schreiben an den gegnerischen Halter . . . . .	27
1.6	Anforderung der polizeilichen Ermittlungsakte . . . . .	31
1.7	Anfrage an Unfallzeugen . . . . .	33
1.8	Zeugenfragebogen . . . . .	34
1.9	Anspruchsschreiben an Kfz-Haftpflichtversicherung – konkretes Beispiel bei einem Auffahrunfall . . . . .	36
1.10	Anspruchsschreiben an Kfz-Haftpflichtversicherung – Muster mit Bezifferung des Schadens . . . . .	37
1.11	Anspruchsschreiben an Kfz-Haftpflichtversicherung – Muster ohne Bezifferung des Schadens. . . . .	39
1.12	Anspruchsschreiben Haftpflichtversicherung – Variante mit Fragebogen für Anspruchssteller und Bezifferung . . . . .	40
1.13	Anspruchsschreiben an den unmittelbaren Schadensverursacher. . . . .	43
<b>§ 2</b>	<b>Behandlung von „Auslandsschäden“</b>	
2.1	Internationale Zuständigkeit des Gerichts in Berlin bei Auslandsunfall . . . . .	50
2.2	Internationale Zuständigkeit des Gerichts am Wohnsitz des Geschädigten im Inland . . . . .	51
2.3	Keine Annexzuständigkeit bei Inlandsklage . . . . .	51
2.4	Klagebefugnis im Inland aufgrund vorrangigen EU Rechts . . . . .	53
2.5	Internationale Zuständigkeit des Gerichts am Wohnsitz des Geschädigten im Inland bei Wohnsitzwechsel . . . . .	54
2.6	Keine Klagebefugnis des Kaskoversicherers bei Inlandsklage . . . . .	55
2.7	Internationale Zuständigkeit des Gerichts am Wohnsitz des Geschädigten bei einer Klage des Arbeitgebers aus übergegangenem Recht . . . . .	56
2.8	Internationale Zuständigkeit des Gerichts am Wohnsitz des Geschädigten bei einer Klage des Erben aus übergegangenem Recht . . . . .	57
2.9	Erleichterter Beweismaßstab des § 287 ZPO bei Inlandsklage . . . . .	60
2.10	Geltung des deutschen Rechts wegen des Schadensortes einschließlich Regeln über den Anscheinsbeweis nach Rom II i.V.m. deutschem materiellen Verkehrsrecht . . . . .	61
2.11	Geltung des deutschen Rechts wegen einer engeren Beziehung zwischen der unerlaubten Handlung und diesem Recht. . . . .	62
2.12	Anregung zu einer Vereinbarung über die Anwendung des materiellen Rechts. . . . .	62
2.13	Keine Anwendung des Anscheinsbeweises nach den Regeln der ZPO . . . . .	63
2.14	Anwendung des Anscheinsbeweises nach den Regeln der ZPO . . . . .	63
2.15	Anwendung des Haager Übereinkommens . . . . .	65

2.16	Gegenüberstellung Totalschaden und Reparaturkosten nach französischem Recht . . . . .	75
2.17	Ersatz von Mietwagenkosten nach französischem Recht . . . . .	75
2.18	Kein Ersatz der Rechtsanwaltskosten und Unkostenpauschale nach französischem Recht . . . . .	76
2.19	Ersatz des merkantilen Minderwerts nach niederländischem Recht . . . . .	82
2.20	Ersatz der Mietwagenkosten nach niederländischem Recht. . . . .	83
2.21	Ersatz von Reparaturkosten nach polnischem Recht . . . . .	90

**§ 3    Anspruchsgrundlagen**

3.1	Weite Auslegung des Merkmals „bei Betrieb“ . . . . .	101
3.2	Betriebsgefahr außerhalb des öffentlichen Verkehrsraums . . . . .	101
3.3	Betrieb eines Kfz durch „Falschparken“ . . . . .	102
3.4	Betrieb eines Kfz beim „Entladevorgang“ . . . . .	103
3.5	Haltereigenschaft . . . . .	105
3.6	Kein Ausschluss wegen höherer Gewalt bei Tierunfall . . . . .	107
3.7	Unabwendbarkeit i.S.d. § 17 Abs. 3 StVG . . . . .	108
3.8	Entgeltliche geschäftsmäßige Personenbeförderung . . . . .	109
3.9	Versicherungsnehmer im eigenen Fahrzeug als Beifahrer. . . . .	112
3.10	Unfall unter Beteiligung von Tieren . . . . .	115
3.11	Schadenersatz von Minderjährigen . . . . .	119
3.12	Schadenersatz von Minderjährigen und ihren Eltern . . . . .	120
3.13	Billigkeitshaftung Nicht-Deliktsfähiger . . . . .	122
3.14	Eintrittspflicht trotz Vertragskündigung. . . . .	127
3.15	Kein Haftungsausschluss trotz vorsätzlicher, widerrechtlicher Schadensherbeiführung bei Personenverschiedenheit . . . . .	129
3.16	Ansprüche gegen die Verkehrsofopferhilfe e.V. . . . .	133
3.17	Personenschaden bei Anfahren der Bahn. . . . .	134

**§ 4    Quotenbildung**

4.1	Erhöhte Betriebsgefahr . . . . .	141
4.2	Keine Berücksichtigung vermuteten Verschuldens . . . . .	142
4.3	Fehlende Fahrerlaubnis als Abwägungsfaktor . . . . .	142
4.4	Fehlende Fahrerlaubnis und Anscheinsbeweis . . . . .	143
4.5	Trunkenheitsfahrt als Abwägungsfaktor . . . . .	143
4.6	Erschütterung Anscheinsbeweis . . . . .	145
4.7	Auffahrunfall und Anscheinsbeweis . . . . .	146
4.8	Auffahrunfall und Fahrstreifenwechsel mit Schrägstellung . . . . .	146
4.9	Auffahrunfall und streitiger Fahrstreifenwechsel . . . . .	147
4.10	Auffahrunfall und Fahrstreifenwechsel bei Streitigem zeitlichem Kontext . . . . .	147
4.11	Anscheinsbeweis bei Auffahrunfall und starkem Abbremsen . . . . .	148
4.12	Alleinhaftung bei Nötigung durch Abbremsen. . . . .	148
4.13	Anscheinsbeweis und Fahrstreifenwechsel . . . . .	149
4.14	Anscheinsbeweis bei Fahrstreifenwechsel und Fahrbahnverengung . . . . .	149
4.15	Erhöhte Betriebsgefahr bei Fahrt in der Engstelle . . . . .	150
4.16	Keine Haftung ohne Verschulden im Engstellenbereich. . . . .	151

4.17	Einfahrt in den fließenden Verkehr und Fahrstreifenwechsel . . . . .	151
4.18	Anscheinsbeweis bei Vorfahrtsverletzung . . . . .	152
4.19	Vorfahrtsverletzung und Rechtsfahrgebot. . . . .	153
4.20	Mithaftung des Vorfahrtsberechtigten aus Betriebsgefahr bei Abkommen auf die Gegenfahrbahn . . . . .	154
4.21	Alleinhaftung beim Abbiegen in ein Grundstück . . . . .	155
4.22	Alleinhaftung bei Wendemanöver. . . . .	155
4.23	Alleinhaftung bei Rückwärtsfahrt . . . . .	156
4.24	Anscheinsbeweis bei Einfahrt in den fließenden Verkehr. . . . .	157
4.25	Anscheinsbeweis bei Einfahrt in den fließenden Verkehr. . . . .	157
4.26	Anscheinsbeweis beim Türöffnen. . . . .	158
4.27	Anscheinsbeweis bei länger geöffneter Fahrzeugtür. . . . .	158
4.28	Anscheinsbeweis bei Abkommen auf die Gegenfahrbahn . . . . .	159
4.29	Unfall durch schreckbedingte Fehlreaktion. . . . .	160
4.30	Keine Zurechnung bei Anspruch des Leasinggebers aus § 823 BGB . . . . .	161
4.31	Mithaftung des Leasinggebers über § 9 StVG . . . . .	162
4.32	Einwand der Erfüllung bei ungeklärter LZA. . . . .	163
4.33	Alleinhaftung bei Rotlichtverstoß . . . . .	163
4.34	Mithaftung trotz Rotlichtverstoß bei fliegendem Start . . . . .	164
4.35	Vorrang des Kreuzungsräumers . . . . .	165
4.36	Mithaftung des bevorrechtigten Kreuzungsräumers . . . . .	166
4.37	Mithaftung des Anfahrenden gegenüber dem unechten Kreuzungsräumers . . . . .	167
4.38	Erschütterung Anscheinsbeweis wegen Vorfahrtsverletzung . . . . .	168
4.39	Mithaftung bei „halber Vorfahrt“ . . . . .	169
4.40	Mithaftung bei irreführender Fahrweise . . . . .	170
4.41	Keine Haftung bei bloßer Geschwindigkeitsverringerung. . . . .	170
4.42	Anscheinsbeweis gegen den Linksabbieger nach § 9 Abs. 3 StVO. . . . .	171
4.43	Voraussetzung für den Anscheinsbeweis nach § 9 Abs. 3 StVO . . . . .	172
4.44	Kein Anscheinsbeweis bei „grünem Abbiegerpfeil“. . . . .	173
4.45	Mithaftung des Abbiegenden bei Rotlichtverstoß des Gegenverkehrs . . . . .	174
4.46	Anscheinsbeweis bei Abkommen auf die Gegenfahrbahn . . . . .	175
4.47	Anscheinsbeweis bei Abkommen auf die Gegenfahrbahn ohne Fahrzeugberührung . . . . .	175
4.48	Alleinhaftung des Wartepflichtigen wegen Verstoß gegen § 6 StVO. . . . .	177
4.49	Mithaftung des entgegenkommenden Fahrzeugführers . . . . .	178
4.50	Erschütterung des Anscheinsbeweises bei breiter Fahrbahn . . . . .	179
4.51	Anscheinsbeweis bei Abbiegen nach links in ein Grundstück . . . . .	180
4.52	Mithaftung wegen Überholens in einer unklaren Verkehrslage. . . . .	181
4.53	Kein Überholen in einer unklaren Verkehrslage . . . . .	182
4.54	Anscheinsbeweis Verletzung der doppelten Rückschaupflicht . . . . .	183
4.55	Mithaftung des Überholenden aus Betriebsgefahr bei Abbiegen im Kreuzungsbereich. . . . .	183
4.56	Überholen in unklarer Verkehrslage im Kreuzungsbereich . . . . .	184
4.57	Vorrang des zuerst Überholenden . . . . .	185
4.58	Mithaftung wegen Überschreitung der Autobahnrichtgeschwindigkeit . . . . .	186



4.59	Unerhebliche Überschreitung der Richtgeschwindigkeit . . . . .	187
4.60	Mithaftung beim Parkplatzunfall aus § 1 Abs. 2 StVO i.V.m. einer erhöhten Betriebsgefahr. . . . .	189
4.61	Kein Anscheinsbeweis bei stehendem Fahrzeug nach einer Rückwärtsfahrt . . .	190
4.62	Anwendung des § 8 StVO beim Parkplatzunfall. . . . .	190
4.63	Mithaftung der vorfahrtsberechtigten Gegenseite bei einem Parkplatzunfall . . .	191
4.64	Keine Zurechnung der Betriebsgefahr gegenüber dem nicht haltenden Fahrzeugführer . . . . .	193
4.65	Kausalitätserfordernis bei der Mithaftung nach § 254 BGB . . . . .	193
4.66	Alleinhaftung Radfahrer . . . . .	194
4.67	Vorrang des Radfahrers trotz „falscher Fahrtrichtung“ . . . . .	195
4.68	Mithaftung des Radfahrers wegen Fahren in „falscher Fahrtrichtung“ . . . . .	196
4.69	Alleinhaftung des Radfahrers, der auf dem Gehweg fährt . . . . .	196
4.70	Mithaftung des Radfahrers, der auf dem Fußgängerüberweg fährt. . . . .	197
4.71	Verstoß des Fußgängers gegen § 25 Abs. 3 StVO . . . . .	198
4.72	Haftung des Fahrzeugführers bei Verstoß gegen § 26 StVO . . . . .	200
<b>§ 5</b>	<b>Haftungsausschluss bei Personenschäden</b>	
5.1	Voraussetzungen eines „Wie-Beschäftigten“ . . . . .	208
5.2	Keine Haftungsprivilegierung bei „Pannenhilfe“ . . . . .	208
5.3	Abgrenzung von abhängiger und selbstständiger Tätigkeit . . . . .	209
5.4	Werksverkehr und Betriebsweg . . . . .	212
5.5	Prüfung der gemeinsamen Betriebsstätte . . . . .	213
5.6	Gemeinsame Betriebsstätte bei Gefahrengemeinschaft . . . . .	214
<b>§ 6</b>	<b>Anspruchsübergang</b>	
6.1	Anspruchsübergang auf die Krankenkasse bei Krankengeld und Haushaltsführungsschaden . . . . .	220
6.2	Anspruchsübergang zum Unfallzeitpunkt. . . . .	221
6.3	Ausgleich der Entgeltfortzahlung . . . . .	223
6.4	Abzug ersparter Eigenaufwendungen . . . . .	224
6.5	Einwand gegenüber den begehrten Rechtsanwaltskosten . . . . .	225
<b>§ 7</b>	<b>Verjährung und Abfindungsvergleich</b>	
7.1	Einheitlichkeit des Verjährungsbeginns . . . . .	230
7.2	Aufforderung zum Verzicht auf die Einrede der Verjährung . . . . .	231
7.3	Verjährungshemmung wegen § 115 Abs. 2 S. 3 VVG. . . . .	234
7.4	Neubeginn der Verjährung durch Abschlagszahlung . . . . .	236
7.5	Unverbindlichkeit des Abfindungsvertrags . . . . .	240
7.6	Aufklärung gegenüber dem Mandanten . . . . .	241
7.7	Unbeschränkter Zukunftsschadensvorbehalt . . . . .	243
7.8	Beschränkter Zukunftsschadensvorbehalt. . . . .	243
7.9	Vorbehalt für übergegangene Ansprüche . . . . .	244
7.10	Vorbehalt für Steuerschäden . . . . .	245
7.11	Vorbehalt mit titelersetzender Wirkung . . . . .	246
7.12	Einwand der Verjährung nach einem Abfindungsvergleich . . . . .	246

**§ 8 Sachschaden**

8.1	Geltendmachung konkreter Reparaturkosten oberhalb der Schadensschätzung . . .	251
8.2	Mehrkosten wegen mangelhafter Reparatur . . . . .	253
8.3	Zurückbehaltungsrecht im Prozess wegen Ersatzanspruch gegenüber der Werkstatt. . . . .	254
8.4	Werkstatttrabatt . . . . .	255
8.5	Keine Pflicht zur Vorlage von Belegen bei fiktiver Schadensabrechnung. . . . .	258
8.6	Verweisung auf konkret durchgeführte günstigere Reparatur. . . . .	260
8.7	Unzulässige Verweisung auf eine andere Reparaturmöglichkeit bei „jungem“ Fahrzeug. . . . .	262
8.8	Unzulässigkeit der Verweisung bei einem älteren Fahrzeug . . . . .	263
8.9	Subjektive Darlegungslast bei Streit über die in der Vergangenheit erfolgte Wartung . . . . .	263
8.10	Einwand der pauschalen Behauptung der Gleichwertigkeit. . . . .	264
8.11	Einwand des pauschalen Bestreitens zu der Qualität der benannten Reparaturwerkstatt . . . . .	265
8.12	Zulässige Verweisung im Prozess . . . . .	267
8.13	Unzureichender Hinweis auf Reparaturmöglichkeit . . . . .	268
8.14	Erstattungsfähigkeit UPE-Aufschläge. . . . .	269
8.15	Kosten bei Verbringung des Fahrzeugs. . . . .	270
8.16	UPE-Aufschläge bei Werkstattverweis . . . . .	271
8.17	Erstattung der Beilackierungskosten . . . . .	272
8.18	Keine Erstattung der Beilackierungskosten. . . . .	272
8.19	Ersatz der angefallenen Mehrwertsteuer im Anschluss an den Ersatz fiktiver Reparaturkosten. . . . .	274
8.20	Nichterzielung des geschätzten Restwerts . . . . .	278
8.21	Zurückweisung eines höheren überregional ermittelten Restwertes . . . . .	279
8.22	Einwendung zu dem ermittelten Restwert . . . . .	280
8.23	Verweisung auf ein Angebot aus einer „Restwertbörse“ . . . . .	281
8.24	Stellungnahme zum Restwertangebot der Versicherung nach Veräußerung . . . . .	281
8.25	Darlegungs- und Beweislast des Geschädigten zu der angeblichen Veräußerung. . . . .	283
8.26	Restwertangebot der Versicherung vor der Veräußerung . . . . .	283
8.27	Regressanmeldung beim Rechtsanwalt . . . . .	284
8.28	Auswirkung besonderer Verkaufsbemühungen auf Restwert . . . . .	286
8.29	Fiktive Abrechnung mit geringerem tatsächlich erzielten Restwert . . . . .	287
8.30	Nachforderung der Mehrwertsteuer bei Ersatzbeschaffung als volle Re-Investition . . . . .	289
8.31	Kein Mehrwertsteuerabzug . . . . .	292
8.32	Ersatz der Sachverständigenkosten bei Totalschaden . . . . .	293
8.33	Pauschale Abrechnung der An- und Abmeldekosten . . . . .	295
8.34	Nachforderung der Mehrwertsteuer . . . . .	297
8.35	Verweis auf den Wiederbeschaffungsaufwand im Prozess . . . . .	299
8.36	Abrechnung der konkreten Reparaturkosten auf der zweiten Stufe . . . . .	300

8.37	Einwand Wiederbeschaffungsaufwand und Anforderungen an den Nachweis der Nutzung . . . . .	300
8.38	Gegenüberstellung der „Netto-Werte“ bei Vorsteuerabzugsberechtigung . . . . .	302
8.39	Auskunftsanspruch gegenüber dem Geschädigten nach Ablauf von sechs Monaten . . . . .	303
8.40	Begründung der Aufgabe des Fahrzeugs vor Ablauf der Sechsmonatsfrist . . . . .	304
8.41	Abrechnung im 130 %-Fall bei Einbau von Gebrauchtteilen . . . . .	305
8.42	Ersatz der Reparaturkosten unterhalb der 130 %-Grenze bei Reparatur in Eigenregie . . . . .	306
8.43	Integritätsinteresse bei einem Anhänger . . . . .	308
8.44	Einhaltung der 130 %-Grenze durch Einbau von Gebrauchtteilen . . . . .	308
8.45	Tatsächliche Reparaturkosten liegen über 130 %-Grenze . . . . .	309
8.46	Nachweis der Anschaffung eines Neufahrzeugs bei der Neuwagenabrechnung . . . . .	314
8.47	Verständigung über eine Zahlungszusage bei einer Abrechnung auf Neuwagenbasis . . . . .	314
8.48	Neuwagenabrechnung bei einer Laufleistung zwischen 1.000 und 3.000 km . . . . .	317
8.49	Erheblicher Fahrzeugschaden bei Beschädigung tragender Fahrzeugteile . . . . .	318
8.50	Kein erheblicher Fahrzeugschaden bei einfach gelagerten Schäden . . . . .	319
8.51	Feststellungsausspruch zur Neuwagenabrechnung. . . . .	321
8.52	Merkantile Wertminderung bei älteren Fahrzeugen . . . . .	324
8.53	Kein Merkantiler Minderwert bei unerheblichem Fahrzeugschaden . . . . .	325
8.54	Merkantiler Minderwert bei einem Luxusfahrzeug trotz Bagatellschaden. . . . .	326
8.55	Vorzüge der Marktrelevanz- und Faktorenmethode . . . . .	331
8.56	Recht zur Beauftragung eines „eigenen“ Sachverständigen. . . . .	334
8.57	Anforderung eines Gutachtens beim gegnerischen Versicherer. . . . .	335
8.58	Verletzung der Schadensminderungspflicht durch Einholung eines Sachverständigengutachtens . . . . .	336
8.59	Keine Verletzung der Schadensminderungspflicht durch Einholung eines Sachverständigengutachtens . . . . .	337
8.60	Keine Kürzung des Sachverständigenhonorars gegenüber dem Geschädigten . . . . .	342
8.61	Fehlende Aufklärung des Sachverständigen . . . . .	343
8.62	Kein Auswahlverschulden des Geschädigten bei der Beauftragung des Sachverständigen . . . . .	344
8.63	Kein Anspruch auf Freistellung von den Sachverständigenkosten . . . . .	345
8.64	Fehlende Erstattungsfähigkeit der Gutachterkosten bei verschwiegenem Vorschaden . . . . .	346
8.65	Aufklärung Mandant Nachbesichtigung . . . . .	347
8.66	Schreiben an die Werkstatt zwecks Kostenvoranschlags: . . . . .	348
8.67	Ablehnung der Kosten für einen Kostenvoranschlag . . . . .	348
8.68	Erstattungsfähige Aufwendungen für einen Kostenvoranschlag . . . . .	349
8.69	Ausgleich von Mietwagenkosten bei einer HWS-Verletzung. . . . .	351
8.70	Ausgleich von Mietwagenkosten bei Nutzung durch Angehörige . . . . .	352
8.71	Erfordernis eines täglichen Fahrbedarfs . . . . .	354
8.72	Ausgleich von Mietwagenkosten bei geringer Nutzung. . . . .	355

8.73	Schwache-Mietpreisspiegel als taugliche Schätzungsgrundlage . . . . .	359
8.74	Erstattungsfähige Nebenkosten bei der Abrechnung nach dem Schwache-Mietpreisspiegel . . . . .	360
8.75	Fehlende Erstattungsfähigkeit der Kosten für eine Winterbereifung . . . . .	361
8.76	Vorteilsausgleich bei Anmietung mit Vollkaskoversicherung . . . . .	361
8.77	Einwendung gegen den Schwache-Mietpreisspiegel als taugliche Schätzungsgrundlage . . . . .	362
8.78	Anwendung des Fraunhofer Mietpreisspiegels . . . . .	364
8.79	Einwendungen gegen die Tauglichkeit des Fraunhofer Mietpreisspiegel als Schätzungsgrundlage . . . . .	365
8.80	Anfrage bei der Mietwagenfirma zwecks Zustimmung zum Vergleich . . . . .	366
8.81	Hilfsweser Risikoaufschlag auf Fraunhofer . . . . .	367
8.82	Vollständiger Ersatz der Mietwagenkosten wegen einer Notsituation auf der Urlaubsreise . . . . .	371
8.83	Wirtschaftlich gerechtfertigter Aufschlag auf den Normaltarif . . . . .	373
8.84	Nachweis der Anmietung zu einem günstigeren Tarif . . . . .	375
8.85	Verletzung der Schadensminderungspflicht bei unterlassenem Hinweis auf fehlende finanzielle Mittel . . . . .	375
8.86	Inanspruchnahme eines Mietwagens bei Reparatur in Fachwerkstatt . . . . .	378
8.87	Inanspruchnahme eines Mietwagens bei Reparatur in Eigenregie . . . . .	378
8.88	Mietwagenkosten bis zum Kauf eines Ersatzfahrzeugs bei Totalschaden . . . . .	380
8.89	Kein Abzug ersparter Eigenaufwendungen bei der Anmietung eines klassentiefere Ersatzfahrzeugs . . . . .	381
8.90	Abzug ersparter Eigenaufwendungen bei Anmietung eines klassentiefere Ersatzfahrzeugs . . . . .	382
8.91	Anrechnung ersparter Eigenkosten . . . . .	384
8.92	Mietwagenkosten bei Anmietung von Privat . . . . .	385
8.93	Geltendmachung konkreten Nutzungsausfallschadens . . . . .	388
8.94	Abstrakter Nutzungsausfall bei gewerblich genutzten Kfz . . . . .	390
8.95	Nutzungsausfallentschädigung für Fahrrad . . . . .	392
8.96	Nutzungsausfall trotz Personenschadens . . . . .	394
8.97	Kein Nutzungsausfall bei Personenschaden . . . . .	395
8.98	Nachweis des Nutzungswillens . . . . .	396
8.99	Überlegungszeitraum . . . . .	398
8.100	Nutzungsausfall bei Eigenreparatur . . . . .	400
8.101	Nutzungsausfall bei wirtschaftlichem Totalschaden ohne Ersatzfahrzeug, 1 . . .	401
8.102	Nutzungsausfall bei wirtschaftlichem Totalschaden ohne Ersatzfahrzeug, 2 . . .	403
8.103	Standardbeziehung der pauschalen Nutzungsausfallentschädigung . . . . .	406
8.104	Kein Abzug innerhalb der Nutzungsausfallentschädigung wegen des Fahrzeugalters . . . . .	407
8.105	Nutzungsausfallentschädigung Motorrad . . . . .	409
8.106	Ersatz der Vorhaltekosten . . . . .	411
8.107	Schadensminderungspflicht bei Abschleppkosten . . . . .	412
8.108	Zuschlag auf die Abschleppkosten wegen Überstunden . . . . .	414
8.109	Minimierung des Standgelds . . . . .	415

8.110	Restwert nicht realisierbar . . . . .	416
8.111	Ausbau einer Anhängerkupplung . . . . .	417
8.112	Kreditaufnahme trotz vorhandener Vollkaskoversicherung . . . . .	419
8.113	Anspruch auf Rückstufungsschaden bei Mithaftung. . . . .	422
8.114	Keine Erforderlichkeit der Einschaltung eines Anwalts bei Leasingfirma. . . . .	424
8.115	Erforderlichkeit der Einschaltung eines Anwalts trotz juristischer Vorkenntnisse . . . . .	425
8.116	Ersatz der Kosten der Einschaltung eines Anwalts bei Einholung einer Deckungszusage . . . . .	428
8.117	Keine Erstattung der Kosten für die Einholung einer Deckungszusage . . . . .	429
8.118	Erforderlichkeit einer Tätigkeit gegenüber dem Unfallversicherer. . . . .	430
8.119	Schadensnachweis bei Kleidungsschaden und Abzug neu für alt für Ausrüstungsgegenstände . . . . .	431
8.120	Schadenspauschale 30 EUR . . . . .	433
8.121	Schadenspauschale 20 EUR . . . . .	434
8.122	Vereinbarung über eine erhöhte Pauschale bei Auslandsbezug . . . . .	434
8.123	Keine Aktivlegitimation bei Leasingfahrzeug . . . . .	438
8.124	Schadensmeldung an den Leasinggeber . . . . .	440
8.125	Anfrage Leasinggeber . . . . .	443
8.126	Benachrichtigung des Unfallgegners über Leasingeigenschaft . . . . .	444
8.127	Geltendmachung von Finanzierungskosten. . . . .	445
8.128	Geltendmachung von Mehrwertsteuer . . . . .	447
<b>§ 9</b>	<b>Personenschaden bei Verletzung</b>	
9.1	Anmeldung von Schmerzensgeldansprüchen beim Versicherer. . . . .	453
9.2	Schweigepflichtentbindungserklärung . . . . .	454
9.3	Schreiben an den Arzt wegen Arztbericht . . . . .	454
9.4	Attest des behandelnden Arztes . . . . .	455
9.5	Schmerzensgeldberechnung . . . . .	459
9.6	Mitverschulden wegen Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes. . . . .	462
9.7	Schmerzensgeld als Rente . . . . .	463
9.8	Einwendung Schmerzensgeldrente . . . . .	464
9.9	Verrentung des Schmerzensgeldes . . . . .	465
9.10	Schmerzensgeld bei tödlich verlaufendem Verkehrsunfall . . . . .	467
9.11	Schmerzensgeld bei Schockschäden . . . . .	468
9.12	Anspruchskürzung wegen Mitverschulden bei Schockschaden. . . . .	469
9.13	Kein Nachweis der HWS-Verletzung über Arztberichte . . . . .	472
9.14	Unfallbedingte HWS-Verletzung bei OOP . . . . .	473
9.15	Schmerzensgeld bei HWS-Verletzung – Anspruchsanmeldung. . . . .	473
9.16	Schmerzensgeld bei HWS-Syndrom – Nachweis der Unfallbedingtheit. . . . .	474
9.17	Berücksichtigung von Vorerkrankungen bei der Bemessung des Schmerzensgeldes . . . . .	476
9.18	Berücksichtigung von Vorerkrankungen bei der Höhe des Schmerzensgeldes . . . . .	477
9.19	Medizinische Notwendigkeit täglicher Besuche . . . . .	483
9.20	Privatärztliche Behandlung eines Kassenpatienten . . . . .	484
9.21	Beitragsrückerstattung/Selbstbeteiligung in der privaten Krankenversicherung. . . . .	486

9.22	Pflege durch nahe Angehörige . . . . .	489
9.23	Erwerbsschaden bei Krankengeldzahlung . . . . .	492
9.24	Anspruchskürzung wegen ersparter Eigenaufwendungen . . . . .	494
9.25	Kosten einer Ersatzkraft . . . . .	496
9.26	Verspäteter Eintritt ins Erwerbsleben . . . . .	497
9.27	Ablehnung des Haushaltsführungsschadens bei nicht ehelicher Lebensgemeinschaft . . . . .	501
9.28	Fragebogen zur Erfassung des Haushaltsführungsschadens. . . . .	503
9.29	Einwand fehlender Schlüssigkeit . . . . .	506
9.30	Fiktive Abrechnung einer Haushaltshilfe. . . . .	508
9.31	Ausfall von Eigenleistungen beim Eigenheimbau . . . . .	510
9.32	Berechnung ersparter Aufwendungen. . . . .	512
9.33	Keine Kapitalabfindung bei Dauerschaden. . . . .	513
9.34	Kapitalabfindung bei Dauerschaden . . . . .	514
<b>§ 10</b>	<b>Personenschaden bei Tötung</b>	
10.1	Fahrtkosten von gering verdienenden Erben zur Trauerfeier . . . . .	519
10.2	Anspruch auf Ersatz der Beerdigungskosten aus GoA . . . . .	520
10.3	Feststellungsinteresse der zukünftigen Ersatzverpflichtung. . . . .	523
10.4	Keine Verletzung der Erwerbsobliegenheit. . . . .	528
10.5	Berechnung des Unterhaltsschadens . . . . .	528
10.6	Berechnung fixer Kosten bei Versicherungsleistungen . . . . .	530
10.7	Klageanträge bei Unterhaltsschaden . . . . .	533
10.8	Grundsätze der Berechnung des Naturalunterhaltsschadens bei Eheleuten . . . . .	535
<b>§ 11</b>	<b>Klage und selbstständiges Beweisverfahren</b>	
11.1	Ablauf Prüfungszeitraum. . . . .	539
11.2	Anerkenntnis mit Kostenlast der Gegenseite. . . . .	540
11.3	Schadensregulierung nach Akteneinsicht. . . . .	541
11.4	Rückforderungsvorbehalt des Versicherers . . . . .	542
11.5	Deckungsanfrage an den Rechtsschutzversicherer. . . . .	544
11.6	Kostenforderung an den Mandanten . . . . .	544
11.7	Klageschrift . . . . .	546
11.8	Teilklage. . . . .	550
11.9	Umstellung des Klageantrags bei Leasingfahrzeug . . . . .	552
11.10	Antrag bei gesamtschuldnerischer Haftung. . . . .	554
11.11	Antrag auf merkantile Wertminderung . . . . .	555
11.12	Antrag auf Schmerzensgeld . . . . .	555
11.13	Antrag Teilschmerzensgeld . . . . .	556
11.14	Kostenentscheidung Schmerzensgeld bei Teilunterliegen. . . . .	558
11.15	Antrag auf Feststellung bei einem Rückstufungsschaden. . . . .	558
11.16	Antrag auf Feststellung künftiger Schäden. . . . .	559
11.17	Reaktion auf Einwände der Gegenseite gegen eine Feststellungsklage . . . . .	559
11.18	Antrag bei lebenslanger Rente. . . . .	561
11.19	Antrag bei zeitlich begrenzter Rente . . . . .	561
11.20	Zinsen bei Gerichtskostenvorschuss . . . . .	561

11.21	Abtretungserklärung . . . . .	564
11.22	Wider- und Drittwiderklage . . . . .	565
11.23	Parteivernehmung bei Beweisnot . . . . .	566
11.24	Antrag auf Einholung eines Gutachtens . . . . .	568
11.25	Unzulässigkeit des selbstständigen Beweisverfahrens. . . . .	569
11.26	Parteikosten zur Erstattung anmelden. . . . .	570
11.27	Monierung der Gegenseite hinsichtlich angemeldeter Parteikosten . . . . .	571
<b>§ 12</b>	<b>Unfallrekonstruktion im Prozess</b>	
12.1	Antrag auf Ergänzung eines Beweisbeschlusses . . . . .	577
12.2	Antrag auf Ergänzung eines Beweisbeschlusses . . . . .	578
12.3	Antrag auf Benennung eines anderen Sachverständigen, der öffentlich bestellt ist . . . . .	580
12.4	Antrag auf Anordnung nach § 144 ZPO . . . . .	583
12.5	Schriftliches Gutachten. . . . .	584
12.6	Hinweis auf die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten. . . . .	586
12.7	Korrektur der Signalposition. . . . .	599
12.8	Korrektur der Blickrichtung für die Vermeidbarkeit. . . . .	603
12.9	Keine Pflicht zur Ausformulierung von Ergänzungsfragen an den Sachverständigen . . . . .	608
12.10	Berücksichtigung des Ergebnisses eines Privatgutachters. . . . .	609
12.11	Antrag auf Festsetzung der Kosten für ein Privatgutachten. . . . .	610
12.12	Antrag auf Einholung eines neuen Gutachtens. . . . .	611
12.13	Ablehnung eines Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit. . . . .	613
<b>§ 13</b>	<b>Verkehrsunfallmanipulation</b>	
13.1	Nebenintervention des mitverklagten Haftpflichtversicherers . . . . .	636
<b>§ 14</b>	<b>Grundzüge des VVG</b>	
14.1	Keine Leistungsfreiheit bei Obliegenheitsverletzungen bei einem Altvertrag. . . . .	642
14.2	Vollständige Leistungsfreiheit . . . . .	643
14.3	Keine vollständige Leistungsfreiheit . . . . .	643
14.4	Keine Beweislast bei dem Versicherungsnehmer . . . . .	644
14.5	Leistungskürzung bei „durchschnittlicher“ grober Fahrlässigkeit . . . . .	646
14.6	Selbstbehalt vor Quote . . . . .	647
14.7	Quote vor Selbstbehalt . . . . .	649
14.8	Gesamtquotenbildung . . . . .	651
14.9	Kriterien der Bildung der Kürzungsquote . . . . .	654
14.10	Kausalitätsgegenbeweis bei Verschweigen eines Vorschadens . . . . .	655
14.11	Arglisteinwand zugunsten des Versicherers . . . . .	657
14.12	Gesonderte Belehrung auf der Schadensanzeige. . . . .	659
14.13	Eingreifen des § 215 VVG bei einer juristischen Person . . . . .	660
14.14	Zuständigkeit nach § 215 VVG bei Fremdversicherung. . . . .	660
14.15	Keine Wohnsitzzuständigkeit bei Fremdversicherung. . . . .	661

**§ 15 Kaskoversicherung**

15.1	Übernahme der Kosten des Rechtsanwalts durch die Kaskoversicherung . . . . .	666
15.2	Anfertigung eines Gutachtens durch Versicherung . . . . .	666
15.3	Kein Abzug „neu für alt“ bei Glasbruchschäden an der Windschutzscheibe . . . . .	668
15.4	Ersatz eines „Sturmschadens“ bei der Überfahrt eines Astes . . . . .	671
15.5	Deckungsschutz bei Unfallereignis als „Anprallschaden“. . . . .	673
15.6	Keine grobe Fahrlässigkeit wegen kurzer Unaufmerksamkeit des Fahrzeugführers . . . . .	675
15.7	Grob fahrlässige Suche nach herabgefallenen Gegenständen . . . . .	676
15.8	Keine Zurechnung des Verhaltens Dritter bei grob fahrlässiger Herbeiführung des Versicherungsfalls . . . . .	678
15.9	Kein Regress des Kaskoversicherers bei gemeinsamem Haushalt . . . . .	680
15.10	Anwaltskosten als kongruente Schadensposition . . . . .	684
15.11	Anwaltskosten sind keine kongruente Schadensposition . . . . .	684
15.12	Geltendmachung von Schadensersatz nach Inanspruchnahme der eigenen Vollkaskoversicherung . . . . .	686
15.13	Anscheinsbeweis bei Trunkenheitsfahrt . . . . .	689
15.14	Relative Fahruntüchtigkeit bei Abkommen von der Fahrbahn . . . . .	690
15.15	Faktoren der Quotenbildung bei Trunkenheitsfahrt . . . . .	691
15.16	Einwände bei der vollständigen Leistungskürzung bei relativer Fahruntüchtigkeit . . . . .	693
15.17	Einwände bei der Leistungskürzung bei durch Medikamente bedingter Fahruntüchtigkeit . . . . .	694
15.18	Einwände bei der Leistungskürzung beim unachtsamen Umgang mit dem Fahrzeugschlüssel . . . . .	696
15.19	Einwände bei der Leistungskürzung bei verkehrsunsicherer Bereifung . . . . .	698
15.20	Regress des Kaskoversicherers gegen eine Person im gleichen Haushalt . . . . .	699
15.21	Regress des Kaskoversicherers und Anspruchsverzicht . . . . .	701
15.22	Einwände bei der Leistungskürzung bei Irrtum über erforderliche Rettungskosten . . . . .	703

**§ 16 Vertragliche Ansprüche in der Kfz-Haftpflichtversicherung**

16.1	Einwand bei Regress des Versicherers wegen alkoholbedingter Fahruntüchtigkeit nach dem neuen VVG . . . . .	709
16.2	Regress bei schwerwiegender Aufklärungspflichtverletzung . . . . .	713
16.3	Kausalitätsgegenbeweis bei einer Unfallflucht . . . . .	714
16.4	Bestimmung von Arglist . . . . .	715
16.5	Keine Arglist bei Unfallflucht . . . . .	716
16.6	Einwand bei Regress des Versicherers bei unzutreffender Schilderung des Unfalls . . . . .	718
16.7	Einwand bei Regress des Versicherers bei fehlender Schadensanzeige . . . . .	720
16.8	Missbrauch der Regulierungsvollmacht des Kfz-Haftpflichtversicherers . . . . .	722
16.9	Eintrittspflicht des Kfz-Haftpflichtversicherers . . . . .	725



**§ 17 Private Unfallversicherung**

17.1	Beratung des Mandanten über Leistungen in der privaten Unfallversicherung . . .	727
17.2	Anmeldung von Ansprüchen beim Unfallversicherer . . . . .	736
17.3	Klage des Versicherungsnehmers gegen die Unfallversicherung auf Invaliditätsleistung . . . . .	739
17.4	Geltendmachung von Rechtsanwaltskosten . . . . .	744

**§ 18 Verarbeitung und Verwertung von personenbezogenen Daten aus Kfz und darin eingesetzten Kameras**

18.1	Antrag auf Auslesung des Unfalldatenschreibers des Unfallgegners. . . . .	747
18.2	Antrag auf Auslesung des EDR. . . . .	752
18.3	Antrag auf Auslesung des EDR bei ungeklärter Kollisionsstellung . . . . .	755
18.4	Antrag auf Auslesung des EDR bei ungeklärter Geschwindigkeit . . . . .	756
18.5	Antrag auf Auslesung zur Ermittlung der kollisionsbedingten Geschwindigkeitsänderung. . . . .	757
18.6	Einstufung als personenbezogene Daten . . . . .	759
18.7	Übersicht der aus dem Fahrzeug zur Unfallrekonstruktion auszulesenden Daten. . . . .	761
18.8	Auskunftsanspruch nach den Art. 12, 15 DSGVO. . . . .	769
18.9	Mitwirkung des Herstellers zum Auslesen von Fahrzeugdaten bei „Offline“-Kfz . . . . .	771
18.10	Mitwirkung des Herstellers zum Auslesen von Fahrzeugdaten bei „Online“-Kfz . . . . .	773
18.11	Argumente für eine Verwertung einer Dashcam-Aufnahme im Zivilprozess . . .	779
18.12	Widerspruch gegen eine Verwertung der Dashcam-Aufnahme im Zivilprozess. .	780

**§ 19 Gebühren des Anwalts**

19.1	Erstattungsanspruch gegen den Schädiger . . . . .	783
19.2	Erledigungswert bei Abtretung von Ansprüchen. . . . .	785
19.3	Erledigungswert bei Zahlung vor Eingang des Anspruchsschreibens . . . . .	787
19.4	Fiktive Abrechnung . . . . .	788
19.5	Erhöhte Geschäftsgebühr bei Unfall mit einem Taxi . . . . .	791
19.6	Erhöhte Geschäftsgebühr bei Vorlage einer Gegenrechnung . . . . .	791
19.7	Erhöhungsgebühr bei Vertretung mehrerer Geschädigter . . . . .	793
19.8	Keine Anrechnung bei Pauschalhonorar/Vergütungsvereinbarung . . . . .	796
19.9	Keine Anrechnung bei der Einschaltung mehrerer Anwälte . . . . .	796
19.10	Keine Anrechnung mangels fehlender Titulierung im Vergleich . . . . .	797
19.11	Freistellungsantrag . . . . .	798
19.12	Umwandlung des Zahlungsanspruchs in einen Freistellungsanspruch . . . . .	799
19.13	Aktenauszug. . . . .	803

**§ 20 Korrespondenz mit dem Rechtsschutzversicherer**

20.1	Geltendmachung des Differenzbetrags bei der Rechtsschutzversicherung. . . . .	806
20.2	Geltendmachung des Quotenvorrechts gegenüber dem Rechtsschutzversicherer . . . . .	807
20.3	Bitte um Deckungszusage für negative Feststellungsklage . . . . .	809
20.4	Mandat gegen den Rechtsschutzversicherer . . . . .	811

20.5	Deckung auf Klage nur gegen den Unfallverursacher . . . . .	812
20.6	Aufrechnung gegenüber Rechtsschutzversicherer . . . . .	813
20.7	Kein mehrfacher Anfall der Selbstbeteiligung . . . . .	814
<b>§ 22</b>	<b>Unfallflucht (§ 142 StGB)</b>	
22.1	Kein Unfall im öffentlichen Straßenverkehr . . . . .	820
22.2	Fehlender straßenverkehrsspezifischer Gefahrenzusammenhang . . . . .	821
22.3	Keine Unfallbeteiligung . . . . .	822
22.4	Pflicht zum Beiseitefahren . . . . .	824
22.5	Schock . . . . .	825
22.6	Kein willentliches Entfernen . . . . .	825
22.7	Unvorsätzliches Entfernen . . . . .	826
22.8	Ausreichende Wartezeit . . . . .	828
22.9	Unverzügliche nachträgliche Mitteilung . . . . .	829
22.10	Unverzügliche nachträgliche Feststellung und Eintreffen der Polizei . . . . .	829
22.11	Keine Wahrnehmbarkeit des Verkehrsunfalls . . . . .	831
22.12	Belangloser Schaden . . . . .	833
22.13	Schadensbegriff, § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB . . . . .	834
22.14	Irrtum über Bedeutungslosigkeit des Schadens . . . . .	836
22.15	Abgrenzung Tatbestands-/Verbotsirrtum . . . . .	837
22.16	Belangloser Personenschaden . . . . .	837
<b>§ 23</b>	<b>Fahrlässige Tötung (§ 222 StGB)</b>	
23.1	Verteidigung bei fahrlässiger Tötung . . . . .	839
<b>§ 24</b>	<b>Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB)</b>	
24.1	Akteneinsicht mit Antrag auf Einstellung . . . . .	844
24.2	Eingehen eines Risikos . . . . .	846
24.3	Vertretbares Verhalten . . . . .	847
<b>§ 25</b>	<b>Nötigung (§ 240 StGB)</b>	
25.1	Dichtes Auffahren . . . . .	850
25.2	Ausbremsen des nachfolgenden Verkehrs . . . . .	851
<b>§ 26</b>	<b>Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315b StGB)</b>	
26.1	Keine Pervertierung des Verkehrsvorgangs . . . . .	853
26.2	Konkrete Gefahr . . . . .	854
26.3	Schadenhöhe . . . . .	855
26.4	Verdeckungsabsicht . . . . .	856
<b>§ 27</b>	<b>Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB)</b>	
27.1	Kein Fahrzeug . . . . .	857
27.2	Kein Führen des Fahrzeugs ohne Willensakt . . . . .	858
27.3	Betriebsgelände kein öffentlicher Verkehrsraum . . . . .	859
27.4	Keine Straßenverkehrsgefährdung bei Fahren ohne Brille . . . . .	860
27.5	Keine Strafbarkeit wegen Müdigkeit . . . . .	861
27.6	Augenblicksversagen, Fahrlässigkeit . . . . .	863
27.7	Kein Fall der Nichtbeachtung der Vorfahrt . . . . .	864

27.8	Kein Überholen . . . . .	866
27.9	Bremsen nach Abschluss des Überholvorgangs . . . . .	867
27.10	Keine unübersichtliche Stelle . . . . .	868
27.11	Augenblicksversagen . . . . .	869
27.12	Keine Pflicht zur Absicherung . . . . .	870
<b>§ 28</b>	<b>Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)</b>	
28.1	Kein Führen des Fahrrades . . . . .	874
28.2	Kein Schluss auf relative Fahruntauglichkeit (1) . . . . .	875
28.3	Kein Schluss auf relative Fahruntauglichkeit (2) . . . . .	876
28.4	Fahrlässigkeit trotz hoher BAK . . . . .	877
28.5	Alkoholgewöhnung . . . . .	878
28.6	Widerspruch gegen Verwertung der Blutprobe . . . . .	881
28.7	Widerspruch gegen freiwillige Abgabe einer Blutprobe . . . . .	882
28.8	Drogenfahrt – keine drogenbedingten Ausfallerscheinungen . . . . .	883
<b>§ 29</b>	<b>Fahrverbot (§ 44 StGB)</b>	
29.1	Keine Anordnung eines Fahrverbotes gem. § 44 StGB . . . . .	886
29.2	Absehen vom Fahrverbot, Existenzbedrohung . . . . .	887
<b>§ 30</b>	<b>Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 69 StGB)</b>	
30.1	Nachträgliche Eignungsmängel . . . . .	890
30.2	Kein Führen eines Kraftfahrzeugs. . . . .	891
30.3	Kein Zusammenhang . . . . .	892
30.4	Keine Regelvermutung . . . . .	893
30.5	Keine Regelvermutung, MPU . . . . .	894
<b>§ 31</b>	<b>Sperre der Erteilung der Fahrerlaubnis (§ 69a StGB)</b>	
31.1	Schreiben an Mandanten zur Sperrzeit . . . . .	895
31.2	Ausnahme von bestimmten Arten von Kraftfahrzeugen . . . . .	897
31.3	Aufklärung des Mandanten bzgl. eingeschränkter Fahrerlaubnis. . . . .	898
31.4	Antrag auf vorzeitige Aufhebung der Sperrzeit . . . . .	899
<b>§ 32</b>	<b>Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 111a StPO)</b>	
32.1	Beschwerde gegen vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis . . . . .	902
<b>§ 33</b>	<b>Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG)</b>	
33.1	Aufklärung Owi-Fahrverbot: . . . . .	903
33.2	EU-Fahrerlaubnis nach Sperrzeit in Deutschland . . . . .	905
<b>§ 34</b>	<b>Pflichtversicherungsgesetz</b>	
34.1	Obliegenheitsverletzungen und Strafbarkeit . . . . .	907
34.2	Kein Verstoß bei anderen als Zulassungsfahrten . . . . .	908
<b>§ 35</b>	<b>Sonstiges</b>	
35.1	Beauftragung eines Sachverständigen. . . . .	909
35.2	Information des Rechtsschutzversicherers über die Beauftragung eines Sachverständigen . . . . .	910

35.3	Anschreiben Mandant wegen angedachter Verfahrenseinstellung gem. § 153a StPO . . . . .	911
35.4	Unschuldsumvermutung bei Einstellung gem. §§ 153/153a StPO . . . . .	912
35.5	Anschreiben nach Zustellung des Strafbefehls . . . . .	912
<b>§ 37</b>	<b>Vorverfahren</b>	
37.1	Bestellung für den Mandanten. . . . .	917
37.2	Akteneinsicht . . . . .	919
37.3	Akteneinsicht E-Akte. . . . .	920
37.4	Auszug aus Fahreignungsregister . . . . .	921
37.5	Berichtigung Fahreignungsregister . . . . .	922
37.6	Falsche Mitteilung durch KBA . . . . .	922
37.7	Klarstellung der Verfahrenseteiligung . . . . .	924
37.8	Einspruch . . . . .	925
37.9	Einspruch und Anregung der Rücknahme . . . . .	926
37.10	Beschränkung auf den Rechtsfolgenausspruch. . . . .	928
37.11	Wiederholte Anhörung . . . . .	930
37.12	Nicht konkretisierter Tatwurf . . . . .	930
37.13	Nicht autorisierte Verfügung. . . . .	932
37.14	Irrtum der Behörde . . . . .	933
37.15	Vorläufige Einstellung . . . . .	934
37.16	Zustellung ohne Vollmacht . . . . .	937
37.17	Zustellung trotz Blankovollmacht. . . . .	937
37.18	Zustellung an die Sozietät . . . . .	938
37.19	Einstellung wegen Eigenverletzung. . . . .	940
37.20	Einstellung wegen Eigenschadens. . . . .	941
37.21	Einstellung wegen hoher Kosten . . . . .	942
37.22	Einstellung wegen Mitverschuldens. . . . .	943
37.23	Einstellung wegen hoher Kosten . . . . .	943
37.24	Einstellung wegen Rechtsverstoßes . . . . .	944
37.25	Einstellung wegen Rechtsverstoßes . . . . .	945
37.26	Vorläufige Einstellung mit Arbeitsauflage . . . . .	947
37.27	Bedingung für Beschluss (1). . . . .	949
37.28	Bedingung für Beschluss (2). . . . .	949
37.29	Zurückverweisung der Sache an die Verwaltungsbehörde . . . . .	951
37.30	Zurückverweisung der Sache an die Verwaltungsbehörde . . . . .	952
37.31	Entbindungsantrag . . . . .	953
37.32	Zeugenbeweis. . . . .	955
37.33	Vernehmung Arbeitgeber. . . . .	955
37.34	Ortstermin . . . . .	956
37.35	Stellungnahme zu Vorsatz . . . . .	957
37.36	Stellungnahme zu Tateinheit. . . . .	958
37.37	Fahrverbot: Unverwertbarkeit von Voreintragungen. . . . .	961
37.38	Fahrverbot: Keine abstrakte Gefahr. . . . .	961
37.39	Fahrverbot: Augenblicksversagen . . . . .	962
37.40	Fahrverbot: Keine Erforderlichkeit . . . . .	963

37.41	Fahrverbot: Unverhältnismäßigkeit . . . . .	964
37.42	Fahrverbot: Absehen gegen höhere Geldbuße . . . . .	966
37.43	Fahrverbot: Absehen nach verkehrspsychologischer Nachschulung . . . . .	967
37.44	Terminsverlegung . . . . .	970
37.45	Verlegung wegen Krankheit des Betroffenen. . . . .	970
37.46	Terminsverlegung und Befangenheitsantrag . . . . .	971
<b>§ 38</b>	<b>Hauptverhandlung</b>	
38.1	Zeugenbeweis . . . . .	973
38.2	Widerspruch gegen Urkundenverlesung . . . . .	975
38.3	Selbstladung des Sachverständigen . . . . .	976
38.4	Sachverständigengutachten zu Geschwindigkeitsmessung . . . . .	977
38.5	Zeugenbeweis für Dauervideoaufnahme . . . . .	977
38.6	Sachverständigengutachten zum Erlöschen der Betriebserlaubnis . . . . .	978
38.7	Zeugenbeweis zwecks Identitätsfeststellung . . . . .	979
38.8	Anthropologisches Vergleichsgutachten . . . . .	979
38.9	Rechtsmedizinisches Sachverständigengutachten zu § 24a StVG . . . . .	980
38.10	Zeugenbeweis Überladung . . . . .	981
38.11	Befangenheitsantrag . . . . .	982
38.12	Herbeiführen einer gerichtlichen Entscheidung . . . . .	983
38.13	Aussetzungsantrag nach neuem Beweismittel . . . . .	983
38.14	Widerspruch gegen Verwertbarkeit eines Beweismittels . . . . .	984
38.15	Aussetzungsantrag nach Hinweis . . . . .	986
38.16	Plädoyer mit Hilfsbeweis Antrag . . . . .	987
<b>§ 39</b>	<b>Rechtsbeschwerde</b>	
39.1	Rechtsbeschwerde: Sachrüge . . . . .	990
39.2	Rechtsbeschwerde: Sachrüge (Verwerfungsurteil mit Fahrverbot) . . . . .	990
39.3	Rechtsbeschwerde: Sachrüge (Höhe der Geldbuße) . . . . .	991
39.4	Rechtsbeschwerde gegen Beschluss. . . . .	992
39.5	Rechtsbeschwerde: Sachrüge und Verfahrensrüge. . . . .	994
39.6	Rechtsbeschwerde: Verfahrensrüge Entbindungsantrag . . . . .	996
<b>§ 40</b>	<b>Wiedereinsetzung in den vorigen Stand</b>	
40.1	Wiedereinsetzungsantrag . . . . .	1005
<b>§ 41</b>	<b>Vollstreckung</b>	
41.1	Gerichtliche Entscheidung/Gnadengesuch Fahrverbotsdauer . . . . .	1007
41.2	Fehlende Anrechnung . . . . .	1008
<b>§ 42</b>	<b>Schreiben an den Mandanten</b>	
42.1	Anschreiben vor Einspruch . . . . .	1009
42.2	Anschreiben vor Hauptverhandlungstermin . . . . .	1010
42.3	Anschreiben wegen Nachschulung . . . . .	1011
42.4	Anschreiben wegen Fahrverbot . . . . .	1011
42.5	Anschreiben nach Urteil . . . . .	1012

<b>§ 43</b>	<b>Gebühren des Anwalts in Strafsachen</b>	
43.1	Erledigungsgebühr mehrfach/nach Hauptverhandlung . . . . .	1014
43.2	Einstellungsgebühr durch Schweigen . . . . .	1015
43.3	Zusatzgebühr bei Absprache über Strafmaß . . . . .	1016
43.4	Zusatzgebühr bei Rücknahme des Rechtsmittels. . . . .	1016
43.5	Zusatzgebühr gem. Nr. 4204 VV RVG . . . . .	1018
43.6	Zusatzgebühr in der Strafvollstreckung. . . . .	1019
<b>§ 44</b>	<b>Gebühren des Anwalts in Bußgeldsachen</b>	
44.1	Rücknahme Rechtsbeschwerde . . . . .	1021
44.2	Bestimmung der Gebührenhöhe . . . . .	1023
44.3	Kostenerstattung bei Einstellung nach § 47 OWiG . . . . .	1025
44.4	Kostenerstattung bei Einstellung wegen Verfolgungsverjährung . . . . .	1026
<b>§ 45</b>	<b>Korrespondenz mit dem Rechtsschutzversicherer in Straf- und Bußgeldsachen</b>	
45.1	Vorschuss gemäß § 9 RVG. . . . .	1027
45.2	Abrechnung bei Freispruch . . . . .	1028
45.3	Sachverständigengutachten in der Rechtsschutzversicherung. . . . .	1029
45.4	Quotelung bei Zusammenfall von Vorsatz- und Fahrlässigkeitstat . . . . .	1029
45.5	Abwehr des Auskunftsbegehrens des Rechtsschutzversicherers . . . . .	1031
<b>§ 47</b>	<b>Entziehung der Fahrerlaubnis</b>	
47.1	Informationsschreiben an Mandanten zur Wiedererteilung der Fahrerlaubnis. . .	1037
47.2	Mandanteninformation Wiedererteilung nach Fahrerlaubnisentzug mit mehr als 1,6 %/Mehrfachtäter . . . . .	1038
47.3	Anschreiben KBA . . . . .	1042
47.4	Einwand der Atypik bei Anlage 4 FeV (Methadon). . . . .	1047
47.5	Kein gelegentlicher Konsum bei Unterbrechung von fünf Jahren . . . . .	1057
47.6	PKH-Antrag „Entziehung bei erstmaliger Rauschfahrt“ . . . . .	1059
47.7	Einwand gegen Doppelbegutachtung durch MPU bei Alkoholabhängigkeit . . .	1062
47.8	Rüge eines Verstoßes gegen den 1,6 %-Grenzwert . . . . .	1068
47.9	PKH-Antrag bei Wiedererteilung der Fahrerlaubnis und „MPU unter 1,6%“ . .	1069
47.10	Einwand gegen Fahrerlaubnisentzug („Besitz einer geringen Menge Cannabis“). . . . .	1074
<b>§ 48</b>	<b>EU-Führerscheine</b>	
48.1	Feststellung der Inlandsgültigkeit einer EU-Fahrerlaubnis . . . . .	1079
<b>§ 50</b>	<b>Fahrtenbuchauflage</b>	
50.1	Einspruch gegen unverhältnismäßige Fahrtenbuchauflage . . . . .	1090
50.2	Klage gegen die Anordnung eines Fahrtenbuches . . . . .	1095



# Literaturverzeichnis

## Verkehrszivilrecht

- Bachmeier*, Regulierung von Auslandschäden, 2. Auflage 2017
- Balke/Reisert/Quarch*, Regulierung von Verkehrsunfällen, 2012
- Bauer*, Die Kraftfahrtversicherung, 6. Auflage 2010
- Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann*, Zivilprozessordnung, Kommentar, 77. Auflage 2019
- Beckmann/Matusche-Beckmann*, Versicherungsrechts-Handbuch, 3. Auflage 2015
- Berz/Burmann*, Handbuch des Straßenverkehrsrechts, Band 1: Zivilrecht; Band 2: Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, Verwaltungsrecht, Gebührenrecht, Rechtsschutzversicherung, 39. Auflage 2019, Loseblattausgabe
- v. Bühren*, Das verkehrsrechtliche Mandat, Band 4: Versicherungsrecht, 3. Auflage 2016
- ders.* (Hrsg.), Handbuch Versicherungsrecht, 7. Auflage 2017
- ders.*, Unfallregulierung, 8. Auflage 2016
- Burmann/Heß/Hühnermann/Jahnke*, Straßenverkehrsrecht, Kommentar, 25. Auflage 2018
- Burmann/Heß/Stahl*, Versicherungsrecht im Straßenverkehr, 2. Auflage 2010
- Feyock/Jacobsen/Lemor*, Kraftfahrtversicherung, Kommentar, 3. Auflage 2009
- Gebhardt*, Das verkehrsrechtliche Mandat, Band 1: Verteidigung in Verkehrsstraf- und -ordnungswidrigkeitenverfahren, 8. Auflage 2015
- Geigel* (Hrsg.), Der Haftpflichtprozess, 27. Auflage 2015
- Grüneberg*, Haftungsquoten bei Verkehrsunfällen, 15. Auflage 2017
- Hacks/Wellner/Häcker*, SchmerzensgeldBeträge 2019, 37. Auflage 2019
- Halm/Engelbrecht/Krahe*, Handbuch des Fachanwalts Versicherungsrecht, 6. Auflage 2018
- Halm/Kreuter/Schwab*, AKB, 2. Auflage 2015
- Harbauer/Bauer*, ARB, 9. Auflage 2018
- Hentschel/König/Dauer*, Straßenverkehrsrecht, Kommentar, 45. Auflage 2018
- Hillmann/Schneider*, Das verkehrsrechtliche Mandat, Band 2: Verkehrszivilrecht, 7. Auflage 2016
- Himmelreich/Halm* (Hrsg.), Handbuch des Fachanwalts Verkehrsrecht, 6. Auflage 2017
- Hinsch-Timm*, Das neue Versicherungsvertragsgesetz in der anwaltlichen Praxis, 2008
- Jahnke*, Unfalltod und Schadenersatz, 2. Auflage 2013
- Küppersbusch/Höher*, Ersatzansprüche bei Personenschaden, 12. Auflage 2016
- Looschelders/Pohlmann*, VVG, Kommentar, 3. Auflage 2016



- Ludovisy/Eggert/Burhoff*, Praxis des Straßenverkehrsrechts, 6. Auflage 2015
- Maier/Stadler*, AKB 2008 und VVG-Reform, 2008
- Marlow/Spuhl*, Das neue VVG kompakt, 4. Auflage 2010
- Meixner/Steinbeck*, Allgemeines Versicherungsvertragsrecht, 2. Auflage 2011
- Meschkat/Nauert*, VVG-Quoten, 2008
- Naumann/Brinkmann*, Die private Unfallversicherung in der Beraterpraxis, 2. Auflage 2012
- Neidhart*, Unfall im Ausland, Band 1: Ost-Europa, 5. Auflage 2005
- ders.*, Unfall im Ausland, Band 2: West-Europa, 5. Auflage 2006
- Neidhart/Nissen*, Bußgeld im Ausland, 3. Auflage 2011
- NomosKommentar Bürgerliches Gesetzbuch (hrsg. von *Schulze* u.a.), 10. Auflage 2018  
(zitiert als NK-BGB/Bearbeiter)
- Nugel*, Kürzungsquoten nach dem VVG, 2. Auflage 2012
- Palandt*, Bürgerliches Gesetzbuch, Kommentar, 78. Auflage 2019
- Pardey*, Berechnung von Personenschäden, 4. Auflage, 2010
- ders.*, Der Haushaltsführungsschaden, 9. Auflage 2018
- Prölss/Martin*, Versicherungsvertragsgesetz, Kommentar, 30. Auflage 2018
- Langheid/Rixecker*, Versicherungsvertragsgesetz, Kommentar, 6. Auflage 2019
- Schah Sedi/Schah Sedi*, Das verkehrsrechtliche Mandat, Bd. 5: Personenschäden, 3. Auflage 2017
- Schimikowski/Höra*, Das neue VVG, 2008
- Schwintowski/Brömmelmeyer*, Praxiskommentar zum Versicherungsvertragsrecht, 3. Auflage 2017
- Slizyk*, Beck'sche Schmerzengeldtabelle, 15. Auflage 2019
- Thomas/Putzo*, Zivilprozessordnung, Kommentar, 40. Auflage 2019
- Veith/Gräfe/Gebert*, Der Versicherungsprozess, 4. Auflage 2019
- Wellner*, BGH-Rechtsprechung zum Kfz-Sachschaden, 4. Auflage 2017
- Zeisberger/Woyte/Schmidt/Mennicken*, Der merkantile Minderwert in der Praxis, 14. Auflage 2012
- Zöller*, Zivilprozessordnung, Kommentar, 32. Auflage 2018

### **Verkehrsstraf- und Bußgeldrecht**

- Buck/Krumbholz*, Sachverständigenbeweis im Verkehrs- und Strafrecht, 2. Auflage 2013
- Burmann/Heß/Hühnermann/Jahnke/Janker*, Straßenverkehrsrecht, 25. Auflage 2018
- Fischer*, Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen, 66. Auflage 2019
- Freyschmidt/Krumm*, Verteidigung in Straßenverkehrssachen, 11. Auflage 2019

- Gebhardt*, Das verkehrsrechtliche Mandat, Band 1: Verteidigung in Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, 8. Auflage 2015
- Gerold/Schmidt*, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 24. Auflage 2019
- Göhler*, Ordnungswidrigkeitengesetz, 17. Auflage 2018
- Hartung/Schons/Enders*, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 3. Auflage 2017
- Hentschel/Krumm*, Fahrerlaubnis – Alkohol – Drogen im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, 7. Auflage 2018
- Himmelreich/Halm*, Handbuch des Fachanwalts Verkehrsrecht, 6. Auflage 2017
- Krenberger/Krumm*, Ordnungswidrigkeitengesetz, 5. Auflage 2018
- Meyer-Gößner/Schmitt*, Strafprozessordnung, 62. Auflage 2019
- Münchener Kommentar zum Straßenverkehrsrecht (hrsg. von *Bender/König*), Band 1: Verkehrsstrafrecht, Verkehrsverwaltungsrecht, 2016 (zitiert als *Müko-StVR/Bearbeiter*)
- NomosKommentar Gesamtes Verkehrsrecht (hrsg. von *Haus/Krumm/Quarch*), 2. Auflage, 2017 (zitiert als *NK-GVR/Bearbeiter*)
- Roth*, Verkehrsrecht, 4. Auflage 2016
- Schneider/Wolf*, AnwaltKommentar RVG, 8. Auflage 2017 (zitiert als *AnwK-RVG/Bearbeiter*)

### **Verkehrsverwaltungsrecht**

- Bouska/Laeveryenz*, Fahrerlaubnisrecht, 3. Auflage 2004
- Pießkalla/Quarch/Reisert/DeVol*, Die Fahrerlaubnis in der anwaltlichen Beratung, 6. Auflage 2017
- Fischer/Keller/Ott/Quarch*, EU-Recht in der Praxis, 2012
- Haus/Zwergler*, Das verkehrsrechtliche Mandat, Band 3: Verkehrsverwaltungsrecht einschließlich Verwaltungsprozess, 3. Auflage 2016
- Heiler/Jagow*, Führerschein, 4. Auflage 1999
- Hentschel/König/Dauer*, Straßenverkehrsrecht, 45. Auflage 2019
- Hettenbach/Kalus/Möller/Pießkalla/Uhle*, Drogen und Straßenverkehr, 3. Auflage 2016
- Karlsruher Kommentar zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (hrsg. von *Senge*), 5. Auflage 2018 (zitiert als *KK-OWiG/Bearbeiter*)
- Reisert*, Das Fahreignungsregister in der anwaltlichen Praxis, 2. Auflage 2016
- Schubert/Schneider/Eisenmenger/Stephan*, Begutachtungs-Leitlinien zur Kraftfahreignung, Kommentar, 3. Auflage 2018



## Teil 1: Verkehrszivilrecht

### § 1 Mandatsvorbereitung, Informationsbeschaffung und Anmeldung von Ansprüchen

*Dr. Michael Nugel*

#### A. Mandatsvorbereitung

##### I. Datenerfassung

Die Bearbeitung verkehrsunfallrechtlicher Mandate stellt anwaltliches „**Massengeschäft**“ dar. Sie führt nur dann zu einem wirtschaftlichen Erfolg, wenn der zur Abwicklung des Mandats erforderliche Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zu den daraus erzielten Gebühreneinnahmen steht. **1**

##### 1. Grundsätze der Datenerfassung

Die Effizienz der Mandatsbearbeitung hängt davon ab, ob es dem Bearbeiter gelingt, **2**

- den Kontakt zum Mandanten auf ein Minimum zu reduzieren,
- die Akten optimal zu organisieren,
- wiederkehrende Arbeitsabläufe zu standardisieren,
- als Gedankenstütze Checklisten zu erarbeiten und
- Routinearbeiten so weit wie möglich auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros zu delegieren.

Die Bewertung anwaltlicher Dienstleistungen ist nicht nur vom Ausgang des Mandats, **3** sondern auch wesentlich von der persönlichen Beziehung zum Mandanten abhängig. Mandantengespräche gehören deshalb unweigerlich zum täglichen Geschäft. Der dadurch verursachte zeitliche Aufwand sollte im eigenen Interesse und zur Förderung der Effizienz der Mandatsabwicklung auf ein Minimum reduziert werden. Hierzu sollte vor dem Beginn der Bearbeitung eines Mandats individuell geprüft werden,

- ob ein Mandantentermin tatsächlich erforderlich ist und, wenn ja,
- wann er stattfinden soll.

Entgegen weit verbreiteter Auffassung muss nicht jeder Bearbeitung eines Mandats in **4** einer Verkehrsunfallangelegenheit ein **persönliches Gespräch** mit dem anwaltlichen Berater vorausgehen. Erfahrungen zeigen, dass mehr als die Hälfte aller verkehrsunfallrechtlichen Mandate mit dem Mandanten **telefonisch** abgewickelt werden können. Die Entwicklung zeigt ferner, dass es der Mandant häufig auch bevorzugt, die Angelegenheit via Telefon, Fax und E-Mail abzuwickeln und nicht extra einen Termin beim Anwalt vereinbaren möchte. Insbesondere da der Unfallgeschädigte mit Werkstatt, Sachverständigem, Mietwagen, eigener Versicherung etc. bereits zeitlich eingespannt ist.

Praktisch erfordert dies, dass im Rahmen eines Telefonats mit dem Mandanten sämtliche relevanten Informationen in Erfahrung gebracht werden. Eine unverzichtbare Hilfe hierfür stellen entsprechende Checklisten dar.

## 2. Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen

- 5 Achtung bei einer Einstufung als Fernabsatzvertrag: Mit Urteil<sup>1</sup> vom 23.11.2017 hat der BGH entschieden, dass auch Anwaltsverträge widerrufen werden können, wenn der Vertrag als Fernabsatzvertrag geschlossen wurde. Denn Anwaltsverträge sind Verträge über die Erbringung einer Dienstleistung und können als solche den Regeln über Fernabsatzverträge unterworfen sein. Dabei geht der BGH davon aus, dass dem Verbraucher bei einem mit Fernkommunikationsmitteln geschlossenen Anwaltsvertrag ein Widerrufsrecht nur dann nicht zusteht, sofern der Anwalt darlegen und beweisen kann, dass der Vertragsschluss nicht im Rahmen eines Fernabsatzsystems erfolgt ist.

Dafür genügt es allerdings nicht, dass der Rechtsanwalt als Unternehmer auf seiner Homepage lediglich Informationen über seine Dienstleistungen und seine Kontaktdaten zur Verfügung stellt. Ebenso wenig könnte bei einem Rechtsanwalt ein für den Fernabsatz organisiertes Vertriebs- oder Dienstleistungssystem bejaht werden, wenn dieser lediglich die technischen Möglichkeiten zum Abschluss eines Anwaltsvertrags im Fernabsatz, etwa einen Briefkasten, elektronische Postfächer und/oder Telefon- und Faxanschlüsse vorhält, die auch sonst zur Bewältigung des Betriebs einer Anwaltskanzlei erforderlich sind. Anders sieht es dagegen aus, wenn der Rechtsanwalt bzw. die Kanzlei sich – wie im Fall des BGH – zur Vertragsanbahnung und dem -abschluss eines auf den überregionalen Massenumsatz ausgerichteten Strukturvertriebs (ggf. auch eines Fremdanbieters) bedient und darüber hinaus auch die Beratungsleistungen selbst standardisiert, distanziert und unter ausschließlicher Verwendung von Fernkommunikationsmitteln abwickelt. Dann ist dem Mandanten vor Vertragsschluss eine Widerrufsbelehrung zu erteilen.



### 6 Muster 1.1: Widerrufsbelehrung bei Fernabsatzverträgen

#### Widerrufsbelehrung

Sie haben das Recht als Verbraucher, binnen vierzehn Tagen ab dem Tag des Vertragsschlusses ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können.

1 BGH, Urt. v. 23.11.2017 – IX ZR 204/16 – juris.

Der Widerruf ist zu richten an:

Er muss mittels einer eindeutigen Erklärung wie einem Brief oder einer E-Mail über Ihren Entschluss diesen Vertrag zu widerrufen informieren. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrages bei uns eingegangen ist.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistung während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Das Widerrufsrecht erlischt, wenn unsere Dienstleistung vollständig erbracht wurde und mit der Ausführung der Dienstleistung erst begonnen wurde, nachdem Sie als Verbraucher dazu ihre ausdrückliche Zustimmung gegeben haben und gleichzeitig die Kenntnis bestätigt haben, dass Sie Ihr Widerrufsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung durch den Unternehmer verlieren.



Eine telefonische Mandatsaufnahme scheidet aus, wenn

7

- der Mandant ausdrücklich ein persönliches Gespräch wünscht;
- der Unfallhergang am Telefon nicht geschildert werden kann und/oder zwischen den Unfallparteien streitig ist;
- mit dem Mandanten vorliegende Unterlagen wie z.B. Gutachten in seinem Beisein besprochen werden müssen, um über die weitere Schadensabwicklung entscheiden zu können.

Ist eine persönliche Besprechung erforderlich, muss zwingend ein möglichst kurzfristiger Termin vereinbart werden. Die verspätete Beauftragung eines Rechtsanwalts begründet u.U. eine Verletzung der Schadensminderungspflicht. Sie könnte konkreten Einfluss nehmen auf

8

- die Dauer der Anmietung eines Mietfahrzeugs,
- die Dauer der geltend gemachten Nutzungsausfallentschädigung,
- ein Standgeld sowie
- den Finanzierungsschaden.

In der Praxis der Verkehrsunfallbearbeitung beschränken sich die Kontakte zum Mandanten bei optimaler Handhabung des Mandats auf **ein Mandatsaufnahmegespräch** sowie maximal **ein bis zwei mündliche oder schriftliche Kontakte** während der Schadensabwicklung. Umso wichtiger ist es, bereits im Rahmen des ersten Gesprächs alle für die Mandatsbearbeitung erforderlichen Informationen vom Mandanten zu erfragen. Darüber hinaus müssen möglichst frühzeitig sämtliche notwendigen schriftlichen Unterlagen und Erklärungen des Mandanten verfügbar sein. Die Abwicklung des Mandats verzögert

9

sich unnötigerweise, wenn z.B. eine Vollmacht oder eine Schweigepflichtentbindungserklärung nachträglich vom Mandanten angefordert werden muss.

- 10 Um sichergehen zu können, dass tatsächlich sämtliche Informationen, Unterlagen und Erklärungen vorliegen, sollte jeder Bearbeiter verkehrsrechtlicher Mandate über **Checklisten** verfügen. Die nachfolgende Checkliste gibt einen Überblick über alle Daten, die für die Bearbeitung eines verkehrsrechtlichen Mandates von Nöten sein können.

### 3. Checkliste: Mandatsaufnahmebogen

#### a) Daten des Mandanten

##### aa) Persönliche Daten

- 11
- |  |  |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Adresse</li> <li><input type="checkbox"/> Name, Vorname</li> <li><input type="checkbox"/> Straße, Hausnummer</li> <li><input type="checkbox"/> Postleitzahl, Wohnort</li> <li>■ Telefon/Internet</li> <li><input type="checkbox"/> Privat</li> <li><input type="checkbox"/> Dienstlich</li> <li><input type="checkbox"/> Mobiltelefon</li> <li><input type="checkbox"/> Telefax</li> <li><input type="checkbox"/> E-Mail-Adresse</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Bankverbindung</li> <li><input type="checkbox"/> Geldinstitut</li> <li><input type="checkbox"/> BIC-Nr.</li> <li><input type="checkbox"/> Kontonummer/IBAN-Nr.</li> <li>■ Vorsteuerabzug</li> <li><input type="checkbox"/> Ja</li> <li><input type="checkbox"/> Nein</li> <li><input type="checkbox"/> Umfang des Vorsteuerabzugs</li> <li><input type="checkbox"/> 50 %</li> <li><input type="checkbox"/> 100 %</li> </ul> |
|--|--|

##### bb) Fahrzeugdaten

- 12
- |  |   |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Eigentümer des Fahrzeugs (sofern abweichend vom Mandanten)</li> <li><input type="checkbox"/> Name, Vorname</li> <li><input type="checkbox"/> Straße, Hausnummer</li> <li><input type="checkbox"/> Postleitzahl, Wohnort</li> <li><input type="checkbox"/> Leasinggeber</li> <li><input type="checkbox"/> Sicherungseigentümer</li> <li>■ Fahrer des Fahrzeugs (sofern abweichend vom Mandanten)</li> <li><input type="checkbox"/> Name, Vorname</li> <li><input type="checkbox"/> Straße, Hausnummer</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Postleitzahl, Wohnort</li> <li><input type="checkbox"/> Telefonnummer bzw. E-Mail-Adresse</li> <li>■ Fahrzeug</li> <li><input type="checkbox"/> Hersteller</li> <li><input type="checkbox"/> Typ</li> <li><input type="checkbox"/> Baujahr</li> <li><input type="checkbox"/> Vorschäden</li> <li>■ Amtliches Kennzeichen</li> </ul> |
|--|---|

##### cc) Versicherungsdaten

- 13
- |   |   |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Kfz-Haftpflichtversicherer</li> <li><input type="checkbox"/> Unternehmen</li> <li><input type="checkbox"/> Versicherungsschein-Nr.</li> <li>■ Fahrzeugversicherer</li> <li><input type="checkbox"/> Unternehmen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Rechtsschutzversicherer</li> <li><input type="checkbox"/> Unternehmen</li> <li><input type="checkbox"/> Versicherungsschein-Nr.</li> <li>■ Krankenversicherer</li> <li><input type="checkbox"/> Unternehmen</li> </ul> |
|---|---|

- Vollkasko
  - Ja
  - Nein
  - Selbstbehalt
- Teilkasko
  - Ja
  - Nein
  - Selbstbehalt
- Privater Unfallversicherer
- Unternehmen
- Versicherungsschein-Nr.
- gesetzlich
- privat
- Beihilfe
- Gesetzlicher Unfallversicherer (Berufsgenossenschaft)
  - Unternehmen/Körperschaft
  - Mitgliedsnummer
  - Wegeunfall
    - Ja
    - Nein

## b) Daten des/der Anspruchsgegner

### aa) Fahrer des gegnerischen Unfallfahrzeugs

- Adresse 14
- Postleitzahl, Wohnort
- Name, Vorname
- Telefon
- Straße, Hausnummer
- Telefax

### bb) Halter des gegnerischen Unfallfahrzeugs

- Adresse 15
- Postleitzahl, Wohnort
- Name, Vorname
- Telefon
- Straße, Hausnummer
- Telefax

### cc) Haftpflichtversicherer des gegnerischen Unfallfahrzeugs

- Unternehmen 16
- Telefax
- Name
- E-Mail
- Zuständige Direktion
- Vertrag
- Zuständiger Sachbearbeiter
- Versicherungsschein-Nr.
- Straße, Hausnummer
- Doppelkartenummer
- Postleitzahl, Wohnort
- Schadensnummer
- Telefon

### c) Unfalldaten

- Unfallort 17
- Telefon
- Ort, ggf. auch Staat
- Telefax
- Straße
- Tagebuch-/Einsatzblattnummer/Az.
- Polizei
- Unfallzeugen
- Polizeidienststelle
- Name, Vorname
- Zuständiger Sachbearbeiter
- Straße, Hausnummer
- Postleitzahl, Wohnort
- Postleitzahl, Wohnort
- Straße, Hausnummer
- Telefon bzw. E-Mail-Adresse



**d) Daten über Sachschäden**

- 18** ■ **Fahrzeugschaden**
- Reparaturschaden**
    - konkret
    - fiktiv
  - Totalschaden**
    - technisch
    - wirtschaftlich
    - 130 %-Regelung
    - konkret
    - fiktiv
  - Neuwagenabrechnung**
  - Ersatzwagenbeschaffung**
  - **Wertminderung**
  - technisch**
  - merkantil**
  - **Bezifferung des Fahrzeugschadens**
  - Reparaturkostenrechnung**
  - Sachverständigengutachten**
- Kostenvoranschlag**
  - **Ausfallschaden**
  - Mietwagenkosten**
  - Nutzungsausfall**
    - konkret
    - pauschaliert
  - täglicher Fahrbedarf**
  - Vorhaltekosten**
  - **Sonstige gängige Schadenspositionen**
  - Abschleppkosten**
  - Standgeld**
  - Entsorgungskosten**
  - Umbaukosten**
  - An- und Abmeldekosten**
  - Schilderkosten**
  - Finanzierungskosten**
  - Auslagenpauschale**

**e) Daten über Personenschäden**

- 19** ■ **Wegeunfall? Ggf. Berufsgenossenschaft?**
- **Ärztliche Erstbehandlung**
  - Name, Vorname des Arztes/Klinik**
  - Straße, Hausnummer**
  - Postleitzahl, Wohnort**
  - Ärztliche Weiterbehandlung**
  - Name, Vorname des Arztes/Klinik**
  - Straße, Hausnummer**
  - Postleitzahl, Wohnort**
  - **Geburtsdatum des Mandanten**
  - **Schmerzensgeld**
  - Arztbericht vorhanden**
- Arztbericht anfordern**
  - **Behandlungskosten**
  - **Vermehrte Bedürfnisse**
  - **Verdienstaufschlag**
  - **Haushaltshilfeschaden**
  - **Bei privater Unfallversicherung**
  - Dauerschaden**
    - Ja
    - Nein
  - Ablauf der Jahresfrist (Invaliditätseintritt)**
  - Ablauf der 15-Monatsfrist (Anmeldung + Feststellung Invalidität)**
  - Ablauf einer kürzeren Frist für Krankenhausstagegeld**

**f) Erklärungen des Mandanten**

- 20** ■ **Zivilprozessvollmacht**
- **Strafprozessvollmacht**
  - **Schweigepflichtentbindungserklärung**
  - **Abtretungserklärung(en)**

#### 4. Mandantenfragebogen

Um einen ersten Überblick über das Unfallgeschehen zu erhalten, kann es sich – je nach der Art und Weise der Sachbearbeitung und Kontaktaufnahme – anbieten, die notwendigen „Basisdaten“ über einen Fragebogen zu erfahren, welcher von dem Mandanten vor einer Besprechung bzw. bei der ersten Kontaktaufnahme ausgefüllt wird. Der Fragebogen kann beispielsweise von dem Mandanten aus dem Internet als Dateianhang heruntergeladen bzw. diesem per Post vor der Besprechung des Falles zugestellt werden. Nach „Anleitung“ dieses Fragebogens kann der Mandant in Ruhe die angeforderten Informationen eintragen und erhält zugleich einen Hinweis, welche Unterlagen er ggf. für Mandantenbesprechungen mitbringen sollte. Im Übrigen kann dieser Fragebogen auch gemeinsam bzw. nach Angaben des Mandanten bei der Besprechung ausgefüllt werden. 21

Inhaltlich sollten über den Fragebogen die wesentlichen Daten zu dem Mandanten, dem Unfallgeschehen und Unfallgegner sowie den entstandenen Schäden erfasst werden, auf denen die weitere Bearbeitung des Falles beruht. Die dort erfolgten Abfragen beziehen sich vor allem auf konkrete Namen und Adressen der Beteiligten und dienen der Feststellung des Sachverhaltes. Sie können von dem Mandanten auch aus eigener Kraft ohne juristischen Sachverstand beantwortet und es kann dem Anwalt dadurch ein erheblicher Arbeitsanteil abgenommen werden. Insbesondere zu den konkret durch den Unfall verursachten Schäden werden weitere Nachfragen nötig sein, die sich jeweils nach den konkreten Umständen des Einzelfalles richten. Hier ist dann die persönliche Einschätzung des Anwaltes gefragt, der zur Erfassung der weiteren notwendigen Daten die oben angeführte „Checkliste“ zumindest im Hinterkopf behalten sollte. 22

Diese ersten Fragen an den Mandanten im Fragebogen sind nicht dafür gedacht, in dieser Form an eine gegnerische Haftpflichtversicherung als sog. „Fragebogen für Anspruchssteller“ weitergeleitet zu werden. Eine derartige Anspruchsanmeldung setzt vielmehr eine konkrete Aufarbeitung und Präsentation der vorher gewonnenen Erkenntnisse voraus, die von dem Anwalt bzw. von dem von ihm eingesetzten Personal selbst getätigt werden muss. Aufgrund der gewonnenen Daten ist eine gesonderte Selektion von Nöten, welche dieser Angaben in welcher Form weitergeleitet werden. 23



##### **Muster 1.2: Fragebogen zum Unfallgeschehen**

24

Bitte füllen Sie diesen Fragebogen aus und senden/übergeben uns diesen, um uns einen ersten Überblick zu dem Sachverhalt zu geben und die zügige Bearbeitung Ihres Verkehrsunfalls zu gewährleisten. Die von Ihnen angegebenen Daten werden zum Zwecke der Bearbeitung dieses Mandates gespeichert.

#### **I) Persönliche Angaben:**

##### **1. Angaben zur Person**

Name: Beruf: Vorname: Telefon:

Geburtsdatum: [ ]

Mobil: [ ]

Adresse: [ ]

E-Mail: [ ]

Bankverbindung: [ ]

Vorsteuerabzugsberechtigung?  Ja  Nein**2. Angaben zu eigenen bestehenden Versicherungen**

Kfz-Haftpflichtversicherung: [ ]

Firmenadresse: [ ]

Versicherungsnummer: [ ]

Vollkasko  bzw. Teilkasko 

Rechtsschutz: [ ]

Versicherung: [ ]

Versicherungs-Nr.: [ ]

Versicherungs-Nr.: [ ]

Adresse: [ ]

Versicherungsnehmer: [ ]

Versicherungsnehmer: [ ]

Adresse: [ ]

Selbstbehalt: [ ] EUR

**II) Angaben zum Unfallgeschehen**

Unfalltag: [ ]

Unfallzeit: [ ]

Unfallort: [ ]

Eigenes Kraftfahrzeug:

Gegnerisches Kraftfahrzeug:

Kennzeichen: [ ]

Kennzeichen: [ ]

Fahrzeugtyp: [ ]

Fahrzeugtyp: [ ]

Eigentümer: [ ]

Halter: [ ]

Adresse: [ ]

Adresse: [ ]

Fahrer: [ ]

Fahrer: [ ]

Adresse: [ ]

Adresse: [ ]

Ggf. Besonderheiten (z.B. Eigentümer nicht identisch mit dem Halter, Leasingfahrzeug etc.): [ ]

Gegnerische Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung:

Firma: [ ]

Adresse: [ ]

Versicherungs-Nr.: [ ]

Schadennummer: [ ]

Oder: Daten aus beigefügten Schreiben ersichtlich:  Ja

Ggf. weitere Unfallbeteiligte (Name, Adresse, Fahrzeug + Kennzeichen, Versicherung etc.): [ ]

**Zeugen:**

1. Zeuge

Name: Anschrift: Telefon: 

2. Zeuge

Name: Anschrift: Telefon: Ggf.: Weitere Zeugen gem. Beiblatt?  Ja**Unfallgeschehen:**

Bitte schildern Sie den Unfallhergang so genau wie möglich:

**Unfallskizze**

Bitte fertigen Sie zur Veranschaulichung eine Unfallskizze auf einem gesonderten Blatt an.

**Bilder und Videoaufzeichnungen:**Gibt es eine Aufnahme aus einer Dashcam zum Unfallgeschehen? Haben Sie Lichtbilder am Unfallort angefertigt? **Polizeiliche Unfallaufnahme**Polizeidienststelle: Aktenzeichen: Adresse: **III) Angaben bei Fahrzeugschäden**Fahrzeug repariert?  Ja  Nein      Vorsteuerabzugsberechtigung?  Ja  Nein

Wenn ja:

Mietwagen genommen? Zeitraum:  Tage  
 Ja  NeinTäglicher Fahrbedarf über 25 km hinaus?  Ja  NeinGutachter bereits beauftragt/Gutachten erfolgt?  Ja  Nein

Wenn ja:

Gutachter bereits bezahlt?  Ja  NeinSicherheitsabtretung erfolgt?  Ja  Nein**IV) Angaben bei Personenschäden**Name der verletzten Person: Ggf. persönliche Daten (Anschrift, Telefon, etc.): Beruf und Einkommen: 

Ärztliche Erstbehandlung:

ggf.: Daten aus Bericht ersichtlich Klinik/Arzt: Adresse: Verletzungen:

Ärztliche Folgebehandlung (insb. „Hausarzt“):  ggf.: Daten aus Bericht ersichtlich

Klinik/Arzt:

Adresse:

Verletzungen:

Weiter verbleibende Beschwerden:

Arbeitsunfähigkeit über  Wochen; ärztlich attestiert  Ja  Nein

Besteht eine Krankenversicherung?  Ja (gesetzlich)  Ja (Privat)  Nein

Ereignete sich der Unfall auf dem Weg zur Arbeit?  Ja  Nein

Wenn ja: Name und Adresse der Berufsgenossenschaft:

### V) Weitere Unterlagen als Anhang

Bitte fügen Sie auch die als Anhang angeführten Unterlagen bei, sofern diese bei Ihnen vorhanden sind, und markieren dies jeweils mit einem Kreuz:

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Unfallskizze                                   | <input type="checkbox"/> Bilder vom Unfallort                |
| <input type="checkbox"/> Gutachten/Reparaturrechnung/<br>KostenVA       | <input type="checkbox"/> Arztbericht/ärztliches Attest       |
| <input type="checkbox"/> Unterlagen der eigenen Versicherung            | <input type="checkbox"/> Schweigepflichtentbindungserklärung |
| <input type="checkbox"/> Schreiben Polizeidienststelle/<br>Visitenkarte | <input type="checkbox"/> Rechnungen ärztliche Heilkosten     |
| <input type="checkbox"/> Schreiben gegnerische Haftpflichtversicherung  | <input type="checkbox"/> Weitere Unterlagen                  |

Datum:

Unterschrift:



- 25** Dieser Fragebogen ist lediglich eine Möglichkeit, frühzeitig von dem Mandanten die notwendigen ersten Angaben zur Bearbeitung des Falles zu erhalten. Neben den für jedes Mandat nötigen Informationen zu der Person des Mandanten erfährt der Anwalt von bestehenden Versicherungen und kann auf einen Blick erfassen, welche Daten zu dem Unfallgegner und dessen Haftpflichtversicherung dem Mandanten bereits vorliegen. Auch erhält er einen ersten Einblick zu dem Unfallgeschehen sowie ggf. eine Unfallskizze, die insbesondere in den Fällen, in denen keine polizeiliche Unfallaufnahme erfolgt ist, im erheblichen Maße zur Veranschaulichung des Sachverhaltes beitragen kann. Auf der Grundlage dieser ersten Informationen kann die weitere Besprechung mit dem Mandanten vorbereitet werden. Auch lassen sich die geltend zu machenden Schadenspositionen grob erfassen.
- 26** Eine weitere Bearbeitungsmethode des verkehrsrechtlichen Mandats besteht darin, bereits frühzeitig sog. „Fragebögen für Anspruchssteller“ einzusetzen. Diese werden von verschiedenen Anbietern als Vordrucke zur Verfügung gestellt und können nicht zur Informationsbeschaffung, sondern in Verbindung mit einem allgemein gehaltenen Begleitschreiben als Grundlage für eine Anspruchsanmeldung verwendet werden. Auf

diesem Wege wird das verkehrsrechtliche Mandat in seiner ersten Phase mit einem minimalen Arbeitsaufwand geführt.

Der Nachteil dieser Arbeitsweise liegt allerdings darin, dass zum einen in diesen allgemein gehaltenen Formularen für den konkreten Fall letztendlich nicht benötigte oder gar für den Anspruchssteller u.U. schädliche Informationen an die Gegenseite gelangen können. Zum anderen kann dieses Vorgehen sowohl beim Mandanten und beim Gegner den Eindruck erwecken, hier würde „nur“ mit halber Kraft und Sorgfalt ein „Standardfall“ routiniert abgewickelt. Spätestens bei Verkehrsunfällen, in denen der Sachverhalt umstritten ist und schwierige rechtliche Fragen zur Haftung dem Grunde und der Höhe nach (unter Umständen unter Einschluss einer Vielzahl an Beteiligten) auftauchen, ist eine individueller ausgeprägte Bearbeitung bereits von Anfang an förderlich und geboten. 27

Es empfiehlt sich in der Situation, den Mandanten zu bitten, das Unfallgeschehen schriftlich im Ablauf so detailliert zu schildern, dass sich ein Dritter ein „gedankliches Bild“ von dem Unfallgeschehen machen kann. Dabei soll der Mandant insbesondere auf geschätzte Abstände, Geschwindigkeiten, Kollisionsorte, Fahrzeugstellungen und örtliche Gegebenheiten eingehen. Der Sachverhalt kann dann „gefiltert“ durch den Anwalt in einem Aktenvermerk in die Akte aufgenommen werden.

Die Vorteile eines solchen Vorgehens sind:

- Wiedergabe in den Worten des Mandanten, aber komprimiert und auf das Wesentliche beschränkt durch den RA,
- Absicherung des RA bei der Angabe des Sachverhalts gegenüber dem Mandanten und bei späteren Ungereimtheiten,
- Möglichkeit, den Vermerk ggf. auch zur Freigabe dem Mandanten zuzusenden.

Auf welche Art und Weise die Erfassung der erforderlichen Daten erfolgt und welche Frageformulare ggf. eingesetzt werden, ist letztlich Geschmackssache. Wichtig ist, dass überhaupt **Checklisten** verwendet werden. Dadurch wird die Bearbeitung und Abwicklung von Unfallsachen für beide Seiten vereinfacht. 28

## II. Aktenaufbau

Bei der Beantwortung der Frage, wie Verkehrsunfallakten aufgebaut sein sollten, gibt es kein „richtig“ und kein „falsch“. Maßgeblich ist allein, dass die Akte durch ihren **klaren Aufbau** einen möglichst schnellen Zugriff auf alle erforderlichen Daten ermöglicht. 29

### 1. Trennung der Akten nach Rechtsgebieten

Verkehrsunfallrechtliche Mandate können **unterschiedliche Rechtsgebiete** berühren, nämlich 30

- das Verkehrszivilrecht,
- das Verkehrsordnungswidrigkeiten- und Strafrecht sowie